

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Bürgerbeteiligung im Rahmen der Umsetzung der Lokalen Agenda 21

Magisterarbeit

Erstgutachter: Univ. - Prof. Dr. Hermann Hill
Zweitgutachter: Univ. – Prof. Dr. Jan Ziekow

Vorgelegt von: Mehmet Akif Cukurcayir

Gliederung

I. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der teilhabenden Gesellschaft	
1.1. Bürgerbeteiligung	1
1.1.1. Die allgemeine Diskussion über Bürgerbeteiligung	1
1.1.2. Der Begriff-Bürgerbeteiligung und teilhabende Gesellschaft	2
1.2. Bürgerbeteiligung und die öffentliche Verwaltung	4
1.3. Historische Entwicklung der Partizipation	5
1.4. Funktionen der Bürgerbeteiligung	6
1.4.1. Emanzipationsfunktion	7
1.4.2. Kontroll- und Rechtsschutzfunktion	7
1.4.3. Integrationsfunktion und Legitimationsfunktion	7
1.4.4. Rationalisierungs- und Effektivierungsfunktion	8
1.5. Kommunitarismus und Bürgerschaftliches Engagement	8
1.6. Beteiligungsformen	10
1.6.1. Bürgerfragestunden	11
1.6.2. Bürgeranhörungen	11
1.6.3. Bürgerversammlungen	11
1.6.4. Community Organizing	12
1.6.5. Planungszelle und Bürgergutachten	12
1.6.6. Beiräte	12
1.6.7. Zukunftswerkstätten	13
1.6.8. Runde Tische und Foren	13
II. Lokale Agenda 21 und Nachhaltigkeit	13
2.1. Definitionen	13
2.1.1 Lokale Agenda 21	13
2.1.2. Nachhaltigkeit	15
2.1.3. Nachhaltigkeitskonzepte	16
2.1.4. Nachhaltigkeitsprinzipien	16
2.2. Argumente zur Nachhaltigkeit	17
2.3 Initiativen der Kommunen zur nachhaltigen Entwicklung	17
2.4. Funktionen von Nachhaltigkeitsindikatoren und Kommunen	18
2.5 Verknüpfung der Indikatoren von gesellschaftlichen Gruppen	19
2.6. Verwaltungsinterne Organization für nachhaltige Entwicklung	20

2.7. Handlungsfelder der Kommunen zur nachhaltigen Entwicklung.....	20
2.8. Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21	21
2.8.1. Bürgerbeteiligungsformen und Lokale Agenda 21	21
2.8.1.1. Bürgerversammlungen.....	23
2.8.1.2. Beiräte	23
2.8.1.3. Anhörungen	23
2.8.1.4. Runde Tische	23
2.8.1.5. Foren	24
2.8.1.6. Planungszellen.....	24
2.8.1.7. Zukunftswerkstätten.....	25
2.8.1.8. Mediationsverfahren.....	25
2.8.1.8. Anwaltsplanungen	25
2.8.2. Frauen in der Lokalen Agenda 21	25
2.8.3. Kinder und Jugendliche in der Lokalen Agenda 21	26
III. Lokale Agenda in Praxis	27
3.1 "Nachhaltiges Heidelberg"	27
3.2. Aktivitäten der Stadt Heidelberg im Rahmen der Umsetzung Lokalen Agenda 21	27
3.3. Verkehrsforum Heidelberg.....	28
3.4. Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 als lokale Agenda 21	30
3.5. Planung aus Frauensicht und Zukunftswerkstätten für Frauen	31
3.6. Bürgerbefragungen	32
IV. Herausforderungen und Chancen für die öffentliche Verwaltung	33
4.1. Chancen	33
4.2. Probleme	35
V. ERGEBNIS	37
Literaturverzeichnis	39

I. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der teilhabenden Gesellschaft

1.1. Bürgerbeteiligung

1.1.1. Die allgemeine Diskussion über Bürgerbeteiligung

In der ganzen Welt wird heute ein rasanter Fortschritt im Bereich der partizipatorischen Gesellschaft gesehen. Über zwei Drittel der Weltbevölkerung lebt heute in formell demokratisch verfaßten Systemen. Die Globalisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der globale Markt zwingt z.B. Regierungen, Zölle abzubauen und Arbeitsschutzgesetze zu lockern. Die Wirtschaft hat alle Grenzen überschritten. Jedoch spricht man auch von der "Internationalisierung der Demokratie"¹.

Privatwirtschaftliches und gesellschaftliches Wissen und Engagement ergänzen staatliches Know-how bei der Aufgabenerfüllung des staatlichen Handelns. Die Anforderungen an Zeit, Kosten und Qualität des staatlichen Handelns führen zu einer Teilung von Verantwortung zur Bewältigung der Probleme und zur vielfältigen Partnerschaft zwischen Staat und Gesellschaft.²

Die Öffentlichkeit ist in jüngster Zeit auf das Thema Bürgerbeteiligung und bürgerorientierte Verwaltung sehr aufmerksam geworden. Dementsprechend wird von verschiedenen Organisationen über die Möglichkeiten zu mehr Partizipation diskutiert z. B. werden Multimedia-Fachkonferenzen veranstaltet. Dabei wird diskutiert, welche Chancen es durch neuen Medien bzw. Internet für mehr Bürgerbeteiligung in der Politik gibt. Der gesellschaftliche Wandel erzwingt überall eine neue Denk- und Arbeitsweise des staatlichen Handelns. Der, unser Zeitalter dominierende Begriff "Informationsgesellschaft" wird folglich mit der "Bürgergesellschaft" gleichgesetzt³. Mit dem Potential der neuen elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien sowie von Mailboxen, Online-Diensten und insbesondere des Internets bieten öffentlichen Verwaltungen eine zusätzliche Möglichkeit der Bürgerbeteiligung neben der herkömmlichen Methoden. Damit können sie die Leistungsfähigkeit des eigenen Verwaltungshandelns steigern und für ihre Bürgerinnen und Bürgern neue Formen der Kommunikation bzw. Beteiligung eröffnen⁴. Dazu werden auch

¹ Bummel Andreas, Globalisierung und Demokratie, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.36, 3/97, S. 34

² Hill, Hermann, Mediation im Kontext neuerer Entwicklungen von Recht und Staat, in: "Umweltmediation in Deutschland", in: Umweltkongreß Düsseldorf 1995, Dokumentation, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., S. 72-73

³ vgl. Bähren Andreas, Internet als Medium der Bürgergesellschaft, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.36, 3/97, S. 14

⁴ vgl. Schäfer, Roland, Rathaus Online- Verbesserung von Bürgernähe und Verwaltungseffizienz durch

zahlreiche Methoden wie Mediation und Runder Tisch, Anwaltsplanung, Planungszelle und Zukunftswerkstätten erprobt, um die Defizite traditioneller Bürgerbeteiligung-Oberflächlichkeit, soziale Selektivität, Dominanz organisationsstarker Interessen, geringes Interesse, Begrenztheit der realen Einflußmöglichkeiten – zu überwinden.

Das Schlagwort "Politikverdrossenheit" beherrscht die Medien seit einigen Jahren. Das Mißtrauen gegenüber den gewählten Repräsentanten ist nach wie vor vermutlich groß. Die "Partei der Nichtwähler" bildete eine starke Fraktion bei den letzten Wahlen. Die Bürger, die von den Entscheidungen der Politik und Verwaltung unmittelbar, zumindest mittelbar betroffen sind, erleben indirekte Beteiligung nicht selten als Fremdbestimmung.⁵

Im Verhältnis des Bürgers zum Staat und zu den Kommunen werden viele Schwierigkeiten festgestellt. Der Reformprozeß darf nicht nur eine reine Binnenveranstaltungen der Verwaltung sein, sondern der Bürger muß im diesen eingebunden sein. Er muß nicht nur als Leistungsempfänger oder Steuerzahler, sondern in einem umfangreichen Rahmen angesehen werden. Die ganzen Reformanstrebungen der öffentlichen Verwaltung müssen bürgerorientiert geplant werden, weil der Staat in einem demokratischen Gemeinwesen nur durch und mit seinen Bürgerinnen und Bürgern existiert.⁶

*"Eine zukunftsorientierte Entwicklung der Kommunalverwaltung muß daher dem Bürger Chancen zur Identifikation und Integration bieten. Die Stadt muß für ihn und für sie begreifbar werden in dem Sinne, daß vielfältige Angebote für unterschiedliche Erfahrungen, Anschauungen und Zugänge vorhanden sein müssen. Dabei stellt Begreifen keinen Zustand oder abgeschlossenen Prozeß im Sinne von "alles im Griff" dar, sondern ein kontinuierliches Erleben"*⁷

1.1.2. Der Begriff-Bürgerbeteiligung und teilhabende Gesellschaft

Der Begriff Beteiligung wird oft als Synonym für Teilhabe, Demokratisierung, reale/ direkte/ inhaltliche (Basis-) Demokratie, Mitbestimmung, Mitwirkung, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Autonomie benutzt. Diese Begriffe werden schwerpunktmäßig in verschiedenen Bereichen verwandt: im allgemein-politischen, gesellschaftlichen Bereich, im politisch-administrativen Bereich

Einsatz moderner Telekommunikationsmedien, in: Stadt und Gemeinde, 7/1997, S. 165

⁵ Freitag, Günter, Über das Konzept Planungszelle als Politisches Instrument der Bürgerbeteiligung, Duisburg, 1997, S. 7

⁶ Hill, Hermann, Vergeßt die Bürger nicht!, in: Ulrich Schückhaus (Hrsg.), Kommunen in Not- Wege aus der Krise, 1996, S. 5 f

⁷ ebd.

(kommunale Selbstverwaltung), im wirtschaftlichen Bereich und im Bereich von Bildung und Wissenschaft.⁸

Bürgerbeteiligung umschließt alle Politikfelder. Sie hat den Zweck, Entscheidungen der Verwaltung und Politik zu beeinflussen. Der Bürger als Inhaber eines Staates ist an der Produktion kollektiv bindender Entscheidungen zu beteiligen. Bürgerbeteiligung umfaßt somit die aktive Einbeziehung des Bürgers in diesem Produktionsprozeß.⁹ In diesem Zusammenhang ist die Bürgerbeteiligung eine Interaktion zwischen politischen und gesellschaftlichen Organisationen.¹⁰

Partizipation im politischen System bedeutet die Teilhabe an Entscheidungen. Deren Funktion liegt darin, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen. Beteiligung ist mehr als nur die Teilnahme an Wahlen¹¹. Der Bürger besitzt nicht mehr die "Zuschauerrolle". Er hat sich vom „Untertan“ zum „Kunden“ entwickelt. Er beteiligt sich aktiv an den Verwaltungshandlungen¹². Dieses Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger wird im Rahmen des "Neuen Steuerungsmodell" beschrieben¹³: "Die Bürgerinnen und Bürger sind in ihrem Gestaltungswillen als Kollektiv und als Individuen sowie in ihrer Bereitschaft, auf kommunaler Ebene aktiv am Gemeinwohl mitzuarbeiten, in Beziehung zu Politik und Verwaltung zu setzen." Beteiligung als Aktivität der Bürger beeinflußt die Entscheidungen der Verwaltung. Sie umfaßt nicht nur das Verhalten der Bürger, sondern auch die Aktivitäten des Bürgers¹⁴.

Bei vielen Politikwissenschaftlern bedeutet Beteiligung: legale Handlungen von Privatpersonen zum Einfluß der Entscheidungsorganen. Aus allgemeiner Erkenntnis könnte man sagen, daß Bürgerbeteiligung als Reaktion auf Unzufriedenheiten mit der Verwaltung und sowie auf festgestellte Lücken im repräsentativen System betrachtet werden kann¹⁵. Beteiligung deckt auch ein ziemlich weites Spektrum von Bedeutungen ab: Die Formen des Interesses für politische Angelegenheiten werden als "Beteiligung" behandelt, wie die aktive

⁸ vgl. Knemeyer, Franz-Ludwig, Bürgerbeteiligung und Kommunal Politik " Eine Einführung in die Mitwirkungsrechte von Bürgern auf kommunaler Ebene", München, 1995, S. 46

⁹ Weinand, Johannes, Bürgersymposium-Letbild Zukunft Trier, in: Herman Hill (Hrsg.), Begreifbare Stadt, 1994, s. 107

¹⁰ Keles, Rusen, Kent ve Siyaset Üzerine Yazilar (1972-1992), Istanbul, 1993, s. 20

¹¹ Mehlich Harald, Politische System und Partizipation im Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in: Detlef Garbe (hrsg.), Bürgerbeteiligung, Frankfurt am Main, 1982, S. 103

¹² Bogumil, Jörg/ Kießler, Leo, Vom Untertan zum Kunden?, Möglichkeiten und Grenzen von Kundenorientierung in der Kommunalverwaltung, Berlin, 1995, s. 21

¹³ vgl. Das Verhältnis von Politik und Verwaltung im Neuen Steuerungsmodell, KGSt Bericht, B 10/1996, S. 36

¹⁴ Huntigton, Samuel P/Nelson, Joan m, No Easy Chois, Political Partizipation in Developing Countries, Harvard University Press, 1976, S. 4-5

¹⁵ Knemeyer, a.a.O., S. 46

Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen, die Mitwirkung an Streiks oder andere Formen des politischen Protestes.¹⁶

1.2. Bürgerbeteiligung und die öffentliche Verwaltung

Kundenorientierung und Bürgeraktivierung wird als ein wesentlicher Modernisierungsbedarf der öffentlichen Verwaltung und von Modernisierungsstrategien angesehen. Eine der wichtigsten Strategielücken der öffentlichen Verwaltung ist Legitimationslücke.¹⁷ Bürgerbeteiligung wird auch für die Stadtmarketing als ein wesentliches Element vorgestellt. Bürgerbedürfnisse können in diesem Sinne noch stärker als bisher in die Marktforschung eingehen. Durch regelmäßige Panels können die Einstellungen der Bürger zu kommunalen Leistungen erkunden werden¹⁸.

Wenn der Bürger den Lebensraum nicht gut kennt, kann er seine Lebensqualität durch die Beteiligungsmöglichkeiten nicht verbessern. Menschen, Wohnen, Vielfalt, Straßen, Kultur, Zentrum, Identität, Geschichte, Funktionen, Infrastruktur, Freizeit usw. Aus allen von diesen Elementen besteht die Stadt, die der Bürger umfassend ergreifen müsste. Ohne Bürgerbeteiligung könnte man die komplexe Struktur der Stadt nicht begreifen und bessere Dienstleistungen nicht erwarten. Die Bürgerbeteiligung ermöglicht den Bürgern, eine begreifbare Stadt anzubieten, wo vielfältige Angebote für unterschiedliche Erfahrungen, Ausschauungen und Zugänge vorhanden sind¹⁹.

Die Qualität der Beziehungen zwischen dem Bürger und der Verwaltung wird durch die ein bürgernahes Verwaltungshandeln ermöglicht, indem es die Bürgerbeteiligungs- und Kooperationsmöglichkeiten des Bürgers produktiv einsetzt²⁰.

Stadt und Bürger begegnen sich in den vielfältigsten Beziehungen. Die Bürger ist Wähler und Steuerzahler. Aber er ist auch zugleich Betroffener staatlichen Handelns und Kunde staatlicher Leistungen. Die Interessen der Bürger sind der Motor der Modernisierung, ihrer Effektivitäts- und Qualitätsorientierung. Wie kann die Verwaltung die Enttäuschungen

¹⁶ Gabriel, Oscar W., Gesellschaftliche Modernisierung, Politische Beteiligung und Kommunale Demokratie, Strukturen, Bedingungen und Folgen Bürgerschaftlicher Beteiligung an der Kommunalen und Nationalen Politik, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und Kommunale Demokratie, München, 1983, S. 57

¹⁷ vgl. Vogel, Hans-Josef, Kundenorientierung und Bürgeraktivierung, in: Günter Dehr/ Thomas Biermann (Hrsg.), Kurswechsel Richtung Kunde, 1996, S. 278-279

¹⁸ Reichard, Cristoph, Internationale Managementtrends, in: Kommunale Managementkonzept in Europa, Banner/Reichard (Hrsg.), 1993, S. 17

¹⁹ Hill, Herman, Die Begreifbare Stadt in: Hermann Hill (Hrsg.), Staatskommunikation, Band 2, , 1994, S. 17

²⁰ Grunow, Dieter, Bürgernahe Verwaltung, Theorie, Empirie, Praxismodelle, Frankfurt/main, 1988, S. 26

aufgrund zu hoher Erwartungen vermeiden? Die Verwaltung muß dem Bürger die Grenzen ihrer Möglichkeiten zu städtischen Dienstleistungen verdeutlichen²¹.

Durch die Beteiligung wird eine transparente Verwaltung ermöglicht. Dadurch wird der Bürger über das Verwaltungshandeln informiert. Ein gut informierte Bürger kann seine Stadt besser begreifen und bei der Aufgabenerfüllung der Verwaltung mitwirken und sich beteiligen. Einige Anforderungen sollen durch die Bürgerbeteiligung erfüllt werden²² :

1-Die Beteiligung des Bürgers sollte alle Elemente und Formen der Mitwirkung einbeziehen. Beispielsweise soll die Akzeptanz von Ergebnissen der Dienstleistungen bei Bürgern, Rat und Verwaltung erhöht werden.

2-Die Verwaltung muß den Zugang zu erhältlichen Informationen erleichtern, um eine Entscheidungsfindung und Beteiligung zu ermöglichen.

3-Teilnehmer aller sozialer Gruppierungen sollen in gleicher Weise zur Mitarbeit motiviert werden bzw. Teilnehmer jeder sozialen Schicht, jeden Alters sowie unabhängig vom Geschlecht.

1.3. Historische Entwicklung der Partizipation

In der politischen Kultur kennzeichnet das Zauberwort „Partizipation“ eine beispiellose Bewegung. Es ist beachtenswert, daß der Begriff Bürgerbeteiligung am Ende der sechziger und siebziger Jahren durch Bürgerinitiativen verwendet wurde. Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung kamen verstärkt in den sechziger und siebziger Jahren auf. Durch eine Studentenbewegung wurde sie zum Ausdruck gebracht, das Entstehen der außerparlamentarischen Opposition und etwas später durch die Bürgerinitiativbewegung. Durch diese Bewegungen wird dem Verwaltungsverfahren auch in Rechtssprechung und Rechtslehre eine bedeutende Rolle zugewiesen.²³ Wegen des Wertewandels tauchte Bürgerinitiativen auf: Eigenwohl vor Gemeinwohl, Anspruchsinflation und Vollkaskomentalität. Für aktive Teilnahmen sind Bürgerinitiativen typische Beispiele, mit denen auf politische und administrative Defizite reagiert wird.²⁴

Die Bürgerinitiativen haben in den sechziger Jahren auf die Politik großen Einfluß gehabt, Partizipation und Demokratisierung wurden in politischen Programmen angenommen. Willy

²¹ Vgl., Hill, Die Begreifbare Stadt, a.a.O., S. 20 ff

²² Weinand, a.a.O., S. 107

²³ Wickrath, Susan, Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung, Münster, 1992, S. 6

²⁴ Freitag, a.a. O., S. 9

Brandt hat dies "Mehr Demokratie wagen" kennzeichnet.²⁵ Diese Demokratisierungsbestrebungen wurden aus zwei unterschiedlichen Quellen gespeist. Zum einen liegt ihnen die Überzeugung zugrunde, daß Beteiligung ein notwendiges Instrument zur Durchsetzung von Politikinhalten ist. Zum zweiten wird Beteiligung an Entscheidungsprozessen als Mittel der politischen Erziehung und als wichtiges Element menschlicher Selbstverwirklichung verstanden.²⁶ Diese Bewegungen haben auch danach die lokale Demokratie erfaßt. Durch den Beitrag zur Revitalisierung der kommunale Demokratie wurde die lokale Öffentlichkeit belebt, das Konfliktbewußtsein geschärft, das Terrain der kommunalpolitischen Zuständigkeit erweitert.

Der staatliche Sektor war wegen seines vielfältigen Dienstleistungsangebots undurchschaubar, unverständlich und unbeeinflußbar. Der Gesetzgeber hat auch dagegen reagiert. Durch eine Novelle im Jahr 1976 zum Bundesbaugesetz wurden beispielsweise die Gemeinden erstmals verpflichtet, die allgemeinen Ziele und Zwecke ihrer Planung darzulegen und allen Einwohnern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die Bauleitplanung zu unterrichten. Daneben ist Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes vorzustellen.

In den letzten Jahren wird bürgerschaftliche Mitwirkungsformen auf kommunaler Ebene aufgenommen. Institutionalisierte Formen der Mitwirkung erfassen alle Länder. Dies wurde als "Demokratisierungsnovellen" der 90er Jahre kennzeichnet.

Effektive Bürgerbeteiligung ist nur möglich bei entsprechender Unterrichtung der Bürger. Kommunale Öffentlichkeitsarbeit bezieht alle Gebiete, die für den Bürger von Interesse sind, ein. Dementsprechend formulieren die badenwürttembergische und sächsische Gemeindeordnung die Voraussetzungen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit mustergültig.²⁷ Darüber hinaus sollen die Bürger möglichst frühzeitig über Raum- und entwicklungsbedeutsame Planungen und andere Vorhaben unterrichtet werden.

1.4. Funktionen der Bürgerbeteiligung

Die Emanzipations-, die Kontroll- und die Rechtsschutzfunktion gelten als bürgerorientierte Funktionen. Bei dem Staat geht es um die Integrations-, die Legitimations- sowie Rationalisierungs- und Effektivierungsfunktion²⁸.

²⁵ vgl. Knemeyer, S. 49

²⁶ vgl. Windroff-Heritier, Adriene, Partizipation und Politik Inhalte, in: Oscar W. Gabriel, (Hrsg.) Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, S. 305

²⁷ vgl. Knemeyer, a.a.O., S. 46

²⁸ Wickrath, , a.a.O., S. 176

1.4.1. Emanzipationsfunktion

Die Bürger können auf die Verwaltung mit dem herkömmlichen Verfahren, die aus Wahlen und Parteimitgliedschaft bestehen, nicht ständig einwirken. Durch Beteiligungsmöglichkeiten können sie ihre Interessen, Ansprüche, Vorstellungen und Bedürfnisse in größerem Maße in den Entscheidungsprozeß einbringen. Diese Funktion zielt auch auf den Abbau der Fremdbestimmung des einzelnen.

Unter welchen Bedingungen ist eine Emanzipation der Bürgerbeteiligung möglich? Wenn der Bürger bereit ist, sich an Verwaltungsentscheidungen zu beteiligen, dann verwirklicht sich die Emanzipation. So kann die individuelle Selbstverwirklichung durch die Partizipation ermöglicht werden²⁹.

1.4.2. Kontroll- und Rechtsschutzfunktion

Die Kontrollfunktion ist ein wesentliches Element der Bürgerbeteiligung zum Demokratieangebot. Eine frühzeitige Kontrolle durch den Bürger kann Interessensverflechtungen und Vollzugsdefiziten der Verwaltung vorbeugen. Durch diese Möglichkeit kann auch der Individualrechtsschutz verbessert werden. Die Rechtsschutzfunktion ist dem Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit zuzuordnen³⁰.

Wenn der Bürger bei seiner frühzeitigen Beteiligung am Entscheidungsprozeß die notwendigen Informationen erhält, somit kann er eine spätere Rechtsverletzung effektiv geltend machen und er kann seine Interessen in die Planungsentscheidungen mit einbringen³¹.

1.4.3. Integrationsfunktion und Legitimationsfunktion

Durch die Beteiligung empfindet der Bürger das staatliche Handeln als nicht fremdes, sondern als eigenes Anliegen. Damit stärkt es die Loyalität und Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen. Beispielsweise kann eine Bürgerfragestunde eine Integrationsfunktion in Bezug auf Rat und Bürger ausfüllen.³²

Aber es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Bürgerbeteiligung auch die Gefahr einer Desintegration mit sich bringen kann. Durch die Einbeziehung der Bürger können zunächst unbeachtete Konflikte hervorgerufen werden.

²⁹ Wickrath, a.a.O., S. 12

³⁰ ebd. S. 13-14

³¹ ebd. S. 15 ff

³² Freitag, S. 13

Die Bürgerbeteiligung schafft neben den Wahlen der Vertretungskörperschaften und gesetzlichen Ermächtigungen für das Verwaltungshandeln eine zusätzliche demokratische Grundlage. Durch die Beteiligung des Bürgers am Entscheidungsprozeß wird erreicht, daß die Norm entsprechend dem modernen Demokratieverständnis nicht allein seitens der Verwaltung konkretisiert wird. Sie stellt damit einen Ersatz für die im Gesetz teilweise offengebliebene nähere Determinierung des verwaltungsbehördlichen Handels durch das demokratisch an sich primär dazu berufene Parlament dar, auch wenn die Behörde letztlich verantwortlich bleibt.³³ Rat und Verwaltung bemühen sich, ihr Handeln durchschaubarer zu machen, neue legitimationsstiftende Kommunikationskanäle zu den "Abnehmern" der politischen Ergebnisse zu schaffen, und Widerstände unter den "Betroffenen" zu verringern.³⁴

1.4.4. Rationalisierungs- und Effektivierungsfunktion

Die Erfüllung der Rationalisierungsfunktion ist durch Beteiligung möglich, wenn der Bürger zur Verbesserung der Verwaltungsentscheidungen beitragen kann. In diesem Zusammenhang ist er zum Teil Träger wesentlicher Daten. Beispielsweise kann er bei der Planung oder Genehmigung umweltrelevanter Vorhaben über die konkreten örtlichen Verhältnisse, Interesse und Bedürfnisse der Bevölkerung mitwirken³⁵.

Somit erhöht sich erheblich die Chance eines Konsenses der Akzeptanz und der Entscheidung bei der Bevölkerung. Dadurch werden die Verwaltungsakte effektiver. Die frühzeitige Information hilft, die Verwaltungsverfahren zu erleichtern. Dies unterstützt die Berechenbarkeit und Vorausssehbarkeit. Allerdings kann die frühzeitige Beteiligung auch die Entscheidungsprozesse in die Länge ziehen. Diese Gefahr und die Zeitverzögerungen können durch angemessene Fristsetzungen für die Beteiligung verhindert werden.

1.5. Kommunitarismus und Bürgerschaftliches Engagement

Im Zusammenhang der Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung dominiert die kommunitarische Bewegung die Diskussionen über die Sozialpolitik des Staates; er versteht sich als ein neuer theoretischer Ansatz zur Erklärung und zur Reformierung von Gesellschaft und zur aktiven Einbindung des Individuums in das Gemeinwesen. In jüngster Zeit hat der Bundespräsident die Bürger zu mehr Engagement aufgefordert und vor einen "Zuschauerdemokratie" gewarnt.³⁶ Der Kommunitarismus fordert die Verstärkung der

³³ Wickrath, A.a.O., S. 17

³⁴ Broicher, Martin, Zur Legitimation lokaler Entscheidungsprozesse, in: Bürgerbeteiligung, Detlef Garbe (hrsg.), Frankfurt am Main, 1982, S. 134

³⁵ Wickrath, a. a. O., S. 18-20

³⁶ Kölner Rundschau, "Herzog fordert klaren Einsatz für Rechtsstaat", am 20. Oktober 1997

Bürgerbeteiligung, die Schaffung und Unterstützung von Selbstverwaltung und Selbsthilfe und den Ausbau bürgerschaftlicher Kontrollmöglichkeiten.³⁷ Das Ehrenamt oder die Rückgabe von Verantwortung an kleine Lebenskreise führt zur bürgerschaftlichen Verwaltung öffentlicher Einrichtungen.³⁸

Im Ausland sieht man im Rahmen des Kommunitarismus auf der kommunalen Ebene erfolgreiche Praxisbeispiele. Beispielsweise wurde in der amerikanischen Stadt Phoenix durch Volunteer-Programme ca. US\$ 1.500.000 eingespart. Eine Freiwilligen-Aktion "Adoptiere eine Straße" wurde für die Pflege der Stadt initiiert, an der im Jahr 1992 bereits ca. 40 Privatunternehmen teilnahmen. In der Stadt wurde für die Senioren ein Program "Senioren helfen Senioren" organisiert, in dessen Rahmen alte Menschen in bisher ca. 34.000 Arbeitsstunden tätig wurden³⁹. Als Reformperspektive wurde der Kommunitarismus in Deutschland in den letzten Jahren ein Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Wegen der knapper werdenden Finanzsituation versuchen Kommunen und staatliche Organisationen einen neuen Weg zu finden. Damit können die Bürger vor allem auf der kommunalen und staatlichen Ebene und im Bereich der Umwelt gefördert werden, um möglichst mehr ehrenamtliche Arbeit zu schaffen⁴⁰.

Helmut Klages hat durch eine Studie über das Bürgerengagement in Deutschland nachgewiesen, daß die Bürger bereit zur Verantwortungsübernahme sind. Aber der Aufbau einer regulären Förderungsstruktur der ehrenamtlichen Arbeit ist selbstverständlich ohne ein massives Tätigwerden insbesondere der Kommunalverwaltung nicht möglich⁴¹. Es geht also darum, den "Bürger aus der Burg" zu holen, ihm die erleichterten Möglichkeiten für eine aktive Teilnahme an der Gestaltung des Gemeinwesens zu vermitteln⁴².

Die Förderung des sozialen Miteinanders durch selbstorganisierte Netzwerke⁴³ für alle Arten kommunaler, sozialer, gesundheitspolitischer, ökologischer und ähnlicher Aufgaben ist

³⁷ vgl. Budäus, Dietrich/Grüning, Gernod, Kommunitarismus- eine Reformperspektive? 1997, S. 7 f

³⁸ Hill, Mediation., a.a.O., S. 73

³⁹ vgl. Faisbanks, A. Frank, Phoenix, Arizona(USA) "Unternehmenskonzept des kommunalen Managements", S. 31 und "Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung", 4. Auflage 1996, Band 1, S. 136

⁴⁰ Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung hat eine Fachkonferenz "Aktive Bürger" für die Beschäftigten, die in der kommunalen Verwaltungen auf verschiedener Ebene tätig sind, an den 27. und 28. November in München veranstaltet. Dabei wurde mit den Fachleuten und kommunalen Politiker Chance und Herausforderungen für das kommunale Management diskutiert.

⁴¹ Vgl. Klages Helmut, Motive des Bürgerengagements-Trends für die Bundesrepublik Deutschland, in: Vortragstext bei der KGSt Fachkonferenz in München, den 27-28 November 1997, S. 10 f

⁴² Hill, Vergeß die Bürger nicht!, S.6

⁴³ Im Bezug auf Bürgerengagement hat das Baden-Württembergische Innenministerium ein Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gegründet. Vgl. Hummel Konrad, "Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement", bei der KGSt Fach Konferenz in München den 27-28 November 1997

erforderlich bei der ehrenamtlichen Arbeit. Bürgertugenden sollen wiederhergestellt und "Zurück zum Wir" geschafft werden⁴⁴. Als Strukturmerkmale der Bürgergesellschaft lassen sich nennen: Soziale Selbstorganisation, Gemeinsinn, Bürgerschaftliches Engagement, Bürgerschaftliche Kompetenz, Dialogkultur und Handlungsfeld Gemeinde. Ohne Gemeinsinn ist die Bürgergesellschaft nicht lebensfähig. Gegenseitige Achtung und Toleranz der Vielfalt gelten als definitorische Elemente von Gemeinsinn⁴⁵.

Nach den kommunitarischen Prinzipien müßte zunächst einmal in einer verantwortlichen Gesellschaft eine starke Verpflichtung zur Demokratie entwickelt werden, weil Demokratie ein zentraler Wert ist und sie durch eine intensive Bürgerbeteiligung an kommunalen Versammlungen, Gemeinderäten usw. an künftige Generationen und neue Mitmenschen weiterzugeben ist. Dementsprechend ist es erforderlich, ein starkes Gerüst für die Regierung aus der Verfassung herauszuentwickeln. Toleranz und Respekt ist ein andere wesentliche Element einer verantwortlichen Gesellschaft. Letztendlich ist die Versöhnung ein wichtiger Klebstoff zur Entwicklung einer Gemeinschaft der Gemeinschaften⁴⁶.

Mann könnte die Kerngedanken der kommunitarischen Prinzipien wie folgt formulieren: Stärkere Partizipation in der Gemeinschaft und die Orientierung am Gemeinwohl, Einbindung des Individuums ins soziale Leben. Die wesentlichen Kennzeichen des Kommunitarismus sind vor allem: Bürgerbeteiligung, Bürgersinn und Patriotismus⁴⁷.

1.6. Beteiligungsformen

Es gibt verschiedene Formen und Niveaus der Beteiligung auf kommunaler und staatlicher Ebene z.B. Bürgerfragestunden, Bürgeranhörungen, Bürgeranregungen, Bürgerentscheide, Beiräte, Bürgerversammlungen und Bürger als Ausschußmitglieder, Bürgerbefragungen, Bürgeranwälte, Bürgerbeauftragte, Regionalkonferenzen, Zukunftwerkstätten, Planungszelle⁴⁸. Einige Bürgerbeteiligungsformen wie Planungs- oder Sanierungsbeiräte, Anwaltsplanung, Gemeinwesenarbeit, Bürgerinitiativen, Bürgerforen werden als Beteiligungsformen der siebziger Jahre genannt. Die herkömmlichen Funktionen der Bürgerbeteiligung, sowie an der städtebaulichen Planungen zu beteiligen, sind auch bei den aktuellen Formen vorhanden.⁴⁹ Zu den partizipatorischen Aktionsformen wird noch gezählt⁵⁰:

⁴⁴ Ueltzhöffer, Jörg/Ascheberg, Engagement in der Bürgergesellschaft, Die Geislingen Studie 3, 1996, S. 11

⁴⁵ ebd., S. 17 ff

⁴⁶ Etzioni, Amitai, Individuum, Werte und gesellschaftliche Moral, in: Börsen Zeitung, vom 24.10.1995, S. 23

⁴⁷ vgl. Budäus/Grüning, a.a.O., S. 17 f

⁴⁸ Bogumil/Kißler, a.a.O., S. 23

⁴⁹ vgl. Hill, Integratives Verwaltungshandeln - Neue Formen von Kommunikation und

- Wahlbeteiligung
- in einer Bürgerinitiative mitmachen
- an Bürgerversammlungen teilnehmen
- in einer Partei mitmachen
- Briefe an die Verwaltung schreiben
- bei Unterschriftsversammlungen unterschreiben
- in einem Verein oder Verband mitmachen
- Leserbriefe schreiben
- an Demonstrationen teilnehmen

1.6.1. Bürgerfragestunden

Bei Bürgerfragestunden besteht die Möglichkeit während einer Ratsitzung, daß die Bürger Fragen und ihre Probleme an Rat und Verwaltung stellen können. Mit diesem Instrument können Informationsdefizite des Bürgers abgebaut und die Themen in den Rat eingebracht werden.⁵¹

1.6.2. Bürgeranhörungen

Anhörungen von Bürgern sind eine wirksame Methode. Damit nehmen Bürger als beratende Ausschußmitglieder an Ratsitzungen teil. Die Teilnahme von Bürgern soll es den einzelnen Ratsitzungen erleichtern, zu Entscheidungen zu kommen. Die Argumente von Bürgern berücksichtigen. Durch Anhörungen von Bürgern wird der Informationszustand und Wissen von Verwaltung und Rat im Einzelfall gesteigert. Die Beteiligungsform der Anhörung und Erörterung kommen häufig als unmittelbare Bürgerbeteiligung in Betracht.⁵²

1.6.3. Bürgerversammlungen

Ein herkömmliches und oft genutztes Modell der Bürgerbeteiligung sind

⁵⁰ Bürgermitwirkung, in: DVBl., 15 September 1993, S. 975 f
 Garbe Detlef, Das Individuum bürger-Ernstgenommen. Die Partizipationsforschung auf dem Wege zur Handlungsorientierten Planungsbeteiligung, in: Bürgerbeteiligung, Detlef Garbe (hrsg.), Frankfurt am Main, 1982, S. 11

⁵¹ Freitag, S. 13

⁵² Wickrath, a.a.O., S. 27

Bürgerversammlungen. Im Dialog zwischen Verwaltung und Bürger auf kommunaler Ebene ist die Bürgerversammlung gebräuchlichste Instrument. Dieses Instrument dient zur Information und Unterrichtung. Die Verwaltung ist die dominierende Akteur der Bürgerversammlung.

1.6.4. Community Organizing

Community Organizing wird sowohl als langfristige und kontinuierliche Veränderung in Stadtteilen, Städten oder Regionen als auch eine starke und tragfähige Organisation definiert. Zuerst wird ein Gründerkreis mit Schlüsselpersonen aus verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen z. Bsp. Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden usw. gebildet. Sie bringen Mittel für einen Förderfonds auf. Dann beginnt der Prozeß der Themenfindung und der Aufbau der selbstständigen Bürgerorganisation. Ein hauptamtlicher Community Organizer koordiniert und unterstützt die Arbeit. Das Ziel der Arbeit ist, die Bürger aus Unmündigkeit und Abhängigkeiten aller Art zu befreien und sie zu befähigen, ihre Interessen selber in die Hand zu nehmen.⁵³

1.6.5. Planungszelle und Bürgergutachten

Die Planungszelle wird seit Jahren in unterschiedlichen Bereichen als sog. "partizipative Politikberatung" praktiziert". Dabei erarbeiten ausgewählte Einwohner sog. Bürgergutachten.⁵⁴

Eine Planungszelle besteht aus ausgewählter Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsverfahren. Die Anzahl der Mitglieder von einer Planungszelle besteht aus maximal 25 Personen, die Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Problem etwa innerhalb einer Woche erarbeiten. Sie werden bei diesem Prozeß von professionellen Fachleute begleitet. Die wichtige Grundsätze für die Planungszelle sind:⁵⁵

Die Zufallsauswahl der Teilnehmenden; Freistellung und Vergütung der Teilnehmenden; Problemstellung und Struktur des Ablaufs und Dokumentation.

1.6.6. Beiräte

Beiräte sind Beteiligungsgremien, die eingerichtet wurden, um besonders benachteiligten

⁵³ Reinert, Adrian, Neue Wege der Bürgerbeteiligung, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.38, 1/98, S. 15

⁵⁴ Hill, Hermann, Integratives Verwaltungshandeln, a.a.O., S. 973

⁵⁵ Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Lokale Agenda 21, Frauen gestalten Umwelt und Zukunft, 1997, S. 51

Gruppen (z.B. Ausländer, Ältere und Frauen) stärker in den kommunalen Willensbildungsprozeß einzubeziehen. Die Mitgliedschaft der Beiräte erfolgt entweder durch eine Wahl innerhalb der jeweiligen Gruppe, oder die Gruppenvorsitzenden werden per Bevollmächtigung in den Beirat gerufen.

1.6.7. Zukunftswerkstätten

Die Zukunftswerkstatt wird als ein Verfahren für eine langjährig bewährte und sehr wirksame Methode zur Mobilisierung sozialer und ökologischer Phantasie und Verantwortung angesehen. Bei Zukunftswerkstätten werden bestimmte Problemen im Bereich der Planung, der Sozial- und Jugendarbeit bearbeitet.

Alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über ein Potential an Problemlösungen und kreativen Fähigkeiten. Zukunftswerkstätten ruhen auf drei Säulen: Kritik, Phantasie und Verwirklichung. Bei der Erarbeitung in einer Zukunftswerkstätte ist es sehr wichtig, daß erfahrene Moderatorinnen die Zukunftswerkstatt durchführen und mit der Gruppendynamik umgehen können.⁵⁶

1.6.8. Runde Tische und Foren

Runde Tische bieten die Möglichkeit an, mit den Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Positionen zu entwickeln. Die Anzahl der Teilnehmern an einem Runden Tisch ist begrenzt.

Runde Tische bzw. Foren werden "die Stellvertreter-Politik" genannt. In diesem Sinne können an den Runden Tischen nur bereits organisierte Interessengruppen teilnehmen.⁵⁷ Es ist wichtig dabei, die Teilnahmemöglichkeit an den Runden Tischen auch für nicht organisierte Gruppen zugänglich zu machen.

II. Lokale Agenda 21 und Nachhaltigkeit

2.1. Definitionen

2.1.1 Lokale Agenda 21

Die "Agenda 21" wurde von mehr als 170 Staaten bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahr 1992 verabschiedet. Bei der Konferenz wurde über den Zustand der Erde, über die Disparitäten zwischen Nord und Süd

⁵⁶ vgl. Ministerium für Umwelt., a.a.O., S. 49
⁵⁷ Ministerium für Umwelt., a.a.O., S. 50

sowie über die drohende Klimakatastrophe diskutiert. Die Agenda 21 gibt detaillierte Handlungsaufträge an die Regierungen und alle anderen Politikbereiche, eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung zu schaffen und einer weiteren Verschlechterung der Umweltsituation entgegenzuwirken. Was Kommunen im Bezug auf nachhaltige Entwicklung in der Agenda 21 angeht, wurde in Kapitel 28 unter dem Aspekt "Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21" geregelt:

"Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der kommunalen Verwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer "kommunalen Agenda 21" für die Gemeinschaft erzielt haben." In der Agenda 21 wurde auch weiterhin „die Intensivierung des Austausches von Informationen und Erfahrungen zwischen den Kommunen“ vorgesehen. Ein anderes Ziel wurde im Hinblick auf Bürgerbeteiligung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen formuliert:

" Alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist."

Die Agenda 21 besteht aus vier Teilen: Der erste Teil behandelt die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte sowie Armutsbekämpfung, Bevölkerungsdynamik, Gesundheitsschutz und nachhaltige Siedlungsentwicklung. Der zweite Teil umfaßt die ökologieorientierten Themen, z.B. Schutz der Erdatmosphäre über die Bekämpfung der Entwaldung, dem Erhalt der biologischen Vielfalt bis hin zur umweltverträglichen Entsorgung von Abfällen. Der dritte Teil umfaßt die partizipativen Aspekte der bislang benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen z.B. Frauen, Kinder und Bauern und der gesellschaftlichen Teile, die für die Umsetzung der Agenda von besonderer Bedeutung sind (Kommunen, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik). Finanzielle und organisatorische Instrumente bzw. Technologietransfer, Bildung, internationale Zusammenarbeit stehen im vierten Teil.⁵⁸

Im Jahr 1994 wurde eine Charta (Charta von Aalborg) von der Städten und Gemeinden zur nachhaltigen Entwicklung in der dänischen Stadt Aalborg beschlossen, um die Umsetzung der Lokalen Agenda auf der europäischen Ebene zu verwirklichen und die nötigen Maßnahmen zu verwirklichen.

⁵⁸

vgl. Serwe, Hans-Jürgen, Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen, in:
<http://www.oekoregio.de/la21bund.htm>

2.1.2. Nachhaltigkeit

"Nachhaltigkeit" wird oft als Synonym für Sustainable Development, dauerhafte Entwicklung, dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, langfristig-tragfähig, zukunftsfähige oder zukunfts offene Entwicklung benutzt⁵⁹. Ursprünglich stammt der Begriff aus der Forstwirtschaft. In Deutschland wurde er Ende des 18. Jahrhunderts benutzt, um den Schlag von mehr Holz zu verhindern.⁶⁰ Es gibt zahlreiche Definitionen der Nachhaltigkeit. Die am meisten zitierte Definition von Nachhaltigkeit ist die Definition der Brundtlandkommission (1987): Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.

Nachhaltige Entwicklung wird auch als eine dauerhafte Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und Verbesserung der menschlichen Lebensqualität definiert. Eine mit der Umwelt verbundene andere Definition lautet⁶¹: Eine nachhaltige, auf Dauer angelegte wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedeutet, daß die natürliche Umwelt und der damit verbundene Kapitalstock an natürlichen Ressourcen so weit erhalten werden muß, daß die Lebensqualität zukünftiger Generationen gewährleistet bleibt (Akademie für Technikfolgenabschätzung 1994).

Die Dimensionen der Nachhaltigkeit sind Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und internationale Verträglichkeit, Zukunftssicherung unter Berücksichtigung des Bedarfs zukünftiger Generationen⁶². Außer diesen Dimensionen wird auch "Bürgerbeteiligung" als eine wesentliche Dimension der Lokalen Agenda angesehen.⁶³

Die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages hat zur "Nachhaltigkeit" folgende Grundsätze formuliert⁶⁴:

1. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsraten nicht überschreiten
2. Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein

⁵⁹ vgl. Born, Manfred, Indikatoren zur Nachhaltigen Entwicklung, econtur, 1997, S. 8

⁶⁰ Nachhaltigkeit- nur ein neues Modewort? In: <http://www.heidelberg.de/stadtentwicklung/agenda21/art-02.htm>

⁶¹ vgl. Born, a.a.O., S. 8

⁶² Lorenz, Joachim, Das Beispiel der Landeshauptstadt München, in: Cornelia Rösler (Hrsg.), Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustausches, Difü, Berlin, 1996, S. 59

⁶³ Nachhaltig ist..., in: <http://www.heidelberg.de>, S. 3

⁶⁴ Fischer, Anett/Rösler, Cornelia, Lokale Agenda: Kommunen aktiv für die Zukunft, zitiert nach Quelle: Deutscher Bundestag, 1997, S. 7

physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.

3. Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren.
4. Das Zeitmaß anthropogener Einträge beziehungsweise Eingriffe in die Umwelt muß im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

2.1.3. Nachhaltigkeitskonzepte

Das erste vorgelegte Konzept zur Nachhaltigkeit war der von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1987 Brundtland-Bericht. Dabei wurde die globale Entwicklungspolitik neuformuliert. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung soll als globaler Ansatz für Entwicklungsländer und Industriestaaten gleichermaßen gelten. Nach dem Konzept sind ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen als eine innere Einheit zu sehen.

Verschlechterung von Umweltqualität und natürlicher Ressourcenbasis sollen langfristig verhindert werden. Nach der Darstellung des Konzepts sollen Industrieländer ökologisch und sozial dauerhaft fähiges Entwicklungsmodell der modernen Zivilisation zu schaffen. Das *"Starke Nachhaltigkeitskonzept"* beinhaltet mehr ökologische Gedanken. Als ein wesentliches Kriterium des starken Nachhaltigkeitskonzepts gilt: Jede Generation soll einen Pro-Kopf Vorrat an natürlichem Kapital erben, der nicht kleiner ist als der von der vorangegangenen Generation geerbte Vorrat.

Das starke Nachhaltigkeitskonzept umfaßt nur die erneuerbaren Ressourcen. Nach der Auffassung der Vertreter der *"Schwachen Nachhaltigkeit"* kann die überwiegende Anzahl der Elemente aus der Natur durch Elemente des künstlichen Kapitalstocks ersetzt werden⁶⁵.

2.1.4. Nachhaltigkeitsprinzipien

Für einzelne Kommunen und Regionen, für die Wirtschaft, das Bauwesen und den Handel oder für die Forstwirtschaft sind verschiedene Prinzipien formuliert worden, von denen hier einige Beispiele hervorzuheben sind⁶⁶:

⁶⁵ vgl. Born, a.a.O., S. 11 ff

⁶⁶ ebd, s. 15 f

- Die Destabilisierung globaler Umwelterscheinungen, wie Klimaveränderungen oder Ozonschichtzerstörungen sind zu vermeiden.
- Wichtige Ökosysteme und ökologische Strukturen müssen absolut geschützt werden, um die biologische Vielfalt zu erhalten.
- Emmissionen in die Luft, den Boden und das Wasser dürfen die Regenerierungsfähigkeit nicht übersteigen und auch nicht dazu führen, daß sich lebensbedrohende Konzentrationen von Giftstoffen in der Umwelt bilden.
- Rückmeldung verbessern, Reaktionsgeschwindigkeit erhöhen, Reduzierung der Nutzung von nichtregenerierbaren Ressourcen, Verhinderung von Erosion sich regenerierender Ressourcen, Achtung auf maximale Effizienz und Reduzierung des Bevölkerungswachstums und Kapitalwachstums.

2.2. Argumente zur Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist nicht nur erforderlich für die Orientierung der Gesellschaft, sondern auch aussichtsreich und erstrebenswert. Dazu sind hier drei Argumente anzuführen⁶⁷:

1. Eine große zivilisatorische und kulturelle Herausforderung erfordert, dem Fortschritt eine nachhaltige Richtung zu geben. Durch einen neuen rechtlichen und fiskalischen Ordnungsrahmen können die Unternehmen ihren Beitrag zur Langzeitökonomie leisten.
2. Die Industriestaaten zahlen bereits einen hohen Preis für die einseitige Orientierung von Wirtschaft und Politik am Wachstum: Umweltzerstörung, Krankheiten aller Art, Orientierungslosigkeit und Aufspaltung der Gesellschaft, Sinnleere und Zunahme von Gewalt.
3. Ökologische Politik im eigenen Land praktizierte Friedens- und Sicherheitspolitik zu vergleichsweise niedrigen Kosten und mit positiven Nebeneffekten ist das dritte Argument zur Nachhaltigkeit. Die Volkswirtschaft nutzt Energie und Rohstoffe effizienter.

2.3 Initiativen der Kommunen zur nachhaltigen Entwicklung

In Kapitel 28 der Agenda 21 wurde die Bedeutung der Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen hervorgehoben, da viele der in der Agenda angeführten Probleme, Ziele und Lösungen besonders die lokale Ebene betreffen. Dies soll gemeinsam mit Bürgern,

⁶⁷ vgl. Zukunftsfähiges Deutschland, Eine Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag von BUND und MISEREOR-Kurzfassung, 1995, S. 5 f

örtlichen Organisationen und der Wirtschaft getan werden. Für eine umweltverträgliche Entwicklung halten Kommunen daher einen entscheidenden Schlüssel für die Information und Motivation der Öffentlichkeit.

2.4. Funktionen von Nachhaltigkeitsindikatoren und Kommunen

Seit der Konferenz von Rio versuchen immer mehr Kommunen Nachhaltigkeitsindikatoren einzuführen. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung bedeutet ein Indikator eine Meßgröße, die Informationen über ein bestimmtes Phänomen gibt, wobei sie Informationen gezielt zusammenfassen kann, um eine bestimmte Bewertung zu machen. Von einem Indikator wird erwartet, ein komplexer System verständlich und wahrnehmbar zu machen. Um ein Problem zu verhindern oder zu lösen, sind Indikatoren wesentliche Informationen⁶⁸. Nachhaltigkeitsindikatoren schließen außer dem Umweltaspekt die ökologischen und sozialen Aspekte ein. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren wird auf vier Ebene entwickelt: der internationalen, nationalen, regionalen und kommunalen Ebene.

Der entwickelte Indikatoreneinsatz soll für den politischen Entscheidungsprozeß nutzbare und überschaubare Beurteilungskriterien für den Fortschritt einer nachhaltigen Entwicklung liefern. Dabei muß die ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen berücksichtigt werden. Jede Kommune entwickelt ihre eigenen Indikatoren. Deswegen existiert auf kommunaler Ebene kein Standard. In Europa wurde das wohl bekannteste Indikatorenprojekt auf kommunaler Ebene in England durchgeführt. Dabei wurden ca. 200 Indikatoren zugewiesen. Die Zuordnung der Indikatoren sind⁶⁹: Nutzung von Ressourcen und Abfallminimierung; Verschmutzung; Biodiversität; Lokale Aktivitäten; Ernährung, Wasser, Wohnen und Brennstoffe; Arbeit; Gesundheit; Dienstleistungen und Kontakte; Sicherheit; Bildung und Information; *Partizipation in Entscheidungsprozessen*; Kultur, Erholung und Freizeit; Vielfalt und bezeichnende Merkmale der Kommune. Die Nachhaltigkeitsindikatoren haben wichtige vier Funktionen zur Verwirklichung der Lokalen Agenda 21⁷⁰:

- 1- Die Indikatoren erleichtern die Bewertung einer nachhaltigen Entwicklung für die Entscheidungsorgane. Zur Identifikation der prioritären Themenfelder und zur Konkretisierung eines Leitbildes können Indikatoren einen wichtigen Beitrag machen. Diese *analytische Funktion* der Indikatoren unterstützt ein Meßinstrumentarium mit entsprechenden Daten.

⁶⁸ Born, S. 25

⁶⁹ vgl. ebd., S. 42 ff

⁷⁰ vgl. ebd., S. 32 f

- 2- Durch die *Kommunikationsfunktion* kann das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in der Öffentlichkeit besser kommuniziert werden. Damit kann eine breite Diskussion zwischen den Menschen mit verschiedenen Kenntnissen und Informationen zur nachhaltigen Entwicklung anstoßen. Für die Kommunen wird durch diese Funktion eine bessere Zukunft gewiesen.
- 3- Ein Instrument steht zur Verfügung, das der Verwaltung in regelmäßigen Abständen Informationen über den aktuellen Stand einer nachhaltigen Kommune liefert. Diese *Warnfunktion* beinhaltet die jährliche Veröffentlichung von Daten wichtiger Indikatoren.
- 4- Durch ein Berichtssystem werden relativ einfach Daten von verschiedenen Sachgebieten integriert. Die Koordinationsfunktion der Indikatoren ermöglicht den Vergleich mit Zielen oder anderen Regionen oder Kommunen.

2.5 Verknüpfung der Indikatoren von gesellschaftlichen Gruppen

Ein Indikator muß nicht nur für den Akademiker entwickelt werden, sondern bei Entwicklung eines Indikators muß die Verständlichkeit für den Bürger berücksichtigt werden. Die Bürger machen eine nachhaltige Stadt aus. Um einen Erfolg bei der Anwendung des Lokale Agenda 21 zu erreichen, müssen die Indikatoren von der Allgemeinbevölkerung verstanden werden. Die Indikatoren werden in der Regel von der Kommunen ausgewählt, aber sie müssen auch von der Bürgern einer Kommune bestimmt werden. Die Kommunen haben eine Schlüsselrolle bei der Anwendung der Lokalen Agenda 21, aber sie sind nicht die einzigen lokalen Akteure. Im Rahmen des Entwicklungsprozesses müssen die andere Akteure sowie die Privatwirtschaft, Verbände, Organisationen, die Wissenschaft, die Landwirtschaft gezählt werden⁷¹.

Wenn bei der Anwendung der Indikatoren die Bürger informiert wird, was gut läuft und welche Veränderungen notwendig sind, können die Bürger eindeutig wissen, wo zu handeln ist. Um die Lebensqualität für einen längeren Zeitraum sicherzustellen, können Indikatoren behilflich sein. Indikatoren können zu einer Umstrukturierung von Personal und Finanzressourcen führen und dabei können eventuell Kosten eingespart werden. Beteiligungsorientierte Indikatoren können das Verhältnis zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufbauen⁷².

⁷¹ Fischer/Rösler, S. 10

⁷² vgl. Born, S. 52

2.6. Verwaltungsinterne Organization für nachhaltige Entwicklung

Der - in der Agenda 21 geforderte - Konsultationsprozeß bedeutet, daß die Entwicklung eines kommunalen Agenda nicht nur eine Arbeit der Verwaltung ist, sondern es nach einer Diskussionsphase mit der Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure herausentwickelte Arbeit ist. Hierbei müssen sich auch die unterschiedlichen Fachbereiche beteiligen.

Bei der Organisierung ist die politische Unterstützung durch Rat und Verwaltungsspitze nötig. Auch ein politischer Beschluß ist dazu notwendig, um die Koordinierungsstelle und Arbeitsgruppe zu fördern. Nach der Umfrage 1997 vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde geklärt, daß 38% der beteiligten Städten einen politischen Beschluß zur Lokalen Agenda 21 haben und einige Städte noch in der Vorbereitungsphase sind.⁷³ Wenn alle Fachbereiche der Verwaltung vertreten sein könnten, würde es im Idealfall sein, deren Aufgabe den Diskussionsprozeß durch Formulierung von Etappenzielen zu initiieren, zu beschleunigen und transparent zu machen⁷⁴. Die Aufgabeneinführung wird in einigen Kommunen durch ein Agenda-Büro übernommen, das die gesamte Entwicklung der Lokalen Agenda 21 koordiniert und erforderliche Öffentlichkeitsarbeit organisiert.

Auch aus anderer Ansicht kann Nachhaltigkeit ein zentrales Leitmotiv für die Verwaltung sein. Sie ist nicht von einem Amt oder einer Stabstelle zu vertreten. Alle Ämter müssen beteiligt werden. Es ist wichtig, Verantwortung und Solidarität für das zu entwickeln, was außerhalb der Kommune passiert und teilweise durch das Wirtschaften bedingt wird.⁷⁵

2.7. Handlungsfelder der Kommunen zur nachhaltigen Entwicklung

Der Deutsche Städtetag hat als Orientierungshilfe zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 Handlungsfelder für die Kommunen erarbeitet. Dabei wurden viele Handlungsfelder für die Kommunen bestimmt⁷⁶: Organisation der städtischen Verwaltung, Umwelt und Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, Natur und Landschaft, Flächeninanspruchnahme und Zuordnung der Nutzungen, Bauen und Wohnen, Verkehr, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, Umwelt und Entwicklung usw. Nach der Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik sind die deutschen Städten in fast allen Handlungsfelder sehr aktiv. Unter den 19 Handlungsfelder finden die zwei Aktivitäten -

⁷³ vgl. Rösler, Cornelia, Deutsche Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21, Ergebnisse der 2. Umfrage, in: Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21, Dokumentation des 2. Erfahrungsaustausch, Cornelia Rösler (Hrsg.), Difü, 1997, S. 20

⁷⁴ vgl. Fischer/Rösler S. 17 ff

⁷⁵ vgl. Nachhaltige Politik in einer Stadt, in <http://www.heidelberg.de>, S. 1

⁷⁶ vgl. Deutscher Städtetag, Städte für eine Umweltgerechte Entwicklung-Materialien für eine "Lokale Agenda 21", 1995, S. 8 ff

„Umwelt und Wirtschaft“ und „Umwelt und Entwicklung“ - relativ wenig statt.⁷⁷

2.8. Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

Mit der Lokalen Agenda 21 stehen die Kommunen vor der Chance, die Bürgermitwirkung im kommunalen Umweltschutz zu wiederbeleben, obwohl manchmal Bürgerengagement im Alltag der kommunalen Umweltschutzverwaltung erscheint. Durch verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung sollen Kommunen diese Chance nutzen.⁷⁸

Die Lokale Agenda 21 fordert bei der Umsetzung der Ziele für die nachhaltige Entwicklung eine möglichst intensive Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure, wenn es um die Veränderung des Wirtschaftslebens und der Lebensstile der Gesellschaft geht. Die Lokale Agenda 21 hebt einen Konsultationsprozeß besonders hervor. „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.“ (Kapitel 28.3 der Agenda 21)

Der Erfolg einer Lokalen Agenda 21 hängt vom Umfang der Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen am Entscheidungsprozeß ab. Die Kommunen müssen offen für den gesellschaftlichen Reichtum an Ideen sein- bei den Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen, den Gewerkschaften, den Kirchen, bei der örtlichen Wirtschaft sowie den zahlreichen Verbänden. Kommunen sind selbst Akteure in diesem Prozeß, aber sie sind auch „Partner der Akteure“. Wichtige Aufgabe der Kommunalverwaltungen dabei ist, die zahlreiche Akteure zusammenzuführen. Für die Umsetzung von Maßnahmen ist ein anhaltendes Engagement nötig.⁷⁹

2.8.1. Bürgerbeteiligungsformen und Lokale Agenda 21

Als Ziele der Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 können einige Punkte formuliert werden⁸⁰:

- *Umfassende Information der Bürgerschaft über die Maßnahmen der Stadt;*

⁷⁷ Rösler Cornelia, Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten, in: Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustausches, Difu, 1996, S. 48

⁷⁸ Hennerkes, Jörg, Einführung in das Thema, in: Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustausches, Difu, 1996, S. 19

⁷⁹ Fischer/Rössler, S. 27-28

⁸⁰ vgl. Deutschen Städtetag, a.a.O., S. 63

- Anwendung der institutionalisierten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich der Bauleitplanung;
- Umfassende Bürgerbeteiligung sowohl im Rahmen der gesetzlichen Umweltverträglichkeitsprüfung als auch im Rahmen der kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung;
- Aufzeigen von Mitwirkungsmöglichkeiten, insbesondere für Frauen und Jugendliche.

Im Rahmen der Befragungen und Interviews können Meinungsumfragen zu kommunalen Planungsvorhaben und Entwicklungsziele durchgeführt werden. Für interessierte Bürger können schriftliche Informationsmaterialien vorbereitet werden. Anschauliche, leicht verständliche Informationen in öffentlichen Räumen, Präsentationen können eine andere Form der Förderung der Bürgerbeteiligung sein. Fortbildungsangebote, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit durch Verbindung mit Projekten; Bürgerbüro/- laden; bürgernahe Beratung sind andere alternative Formen für die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Bürgern. Außer diesen Möglichkeiten zur Beteiligung können Bürgerinnen und Bürger zu Runden Tischen, Foren oder Zukunftswerkstätten eingeladen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen über Ziele und Maßnahmen des Agendaprozesses informiert werden. Die Vermittlung der Agenda für eine breite Zielgruppe ist auf Grund ihrer Komplexität schwer. Deswegen müssen einzelne Themen aus dem komplexen Zusammenhang herausgelöst werden. Diese Erleichterung erleichtert es den Bürgern, an der Entwicklung einer Agenda mitzuwirken. Die Bedürfnisse und Interessen einzelner Gruppen der Bevölkerung können in die Projektgruppe oder den Entscheidungsprozeß eingebracht werden. Ein vielfältiges Angebot verschiedener Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten steht zur Verfügung.

Nach der 2. Umfrage des Deutschen Institut für Urbanistik wurde festgestellt, daß die bisher genutzte Kommunikationsformen für die Lokale Agenda 21 sehr unterschiedlich sind. Pressearbeit, Vorträge/Diskussionen, Informationsschriften, Runde Tische, Ausstellungen und Volkshochschulen sind oft genutzte Formen der Kommunikation. Foren, Bürgernahe Beratung, Beratergremien für Verwaltung, Bürgerversammlungen, Befragungen/Interviews, Zukunftswerkstatt, Hearings, Bürgerbeirat, Mediation, Anwaltsplanung und Planungszellen sind relativ gering genutzte Formen der Bürgerbeteiligung und -kommunikation. Auch wurde in dieser 2. Umfrage festgestellt, daß verschiedene gesellschaftliche Akteure in die Lokale Agenda intensiv einbezogen werden. Bürger/Bürgerinitiativen, Umweltverbände,

Fraktionen/Parteien, Gewerbe/Industrie/Handwerk sind intensiv beteiligte gesellschaftliche Akteure am Entwicklungsprozeß der Lokalen Agenda.⁸¹

2.8.1.1. Bürgerversammlungen

Um Bürgerinnen und Bürger über die Aktivitäten und Ziele der Agenda 21 zu informieren, können spontane Versammlungen zu aktuellen Projekten und Themen organisiert werden. Beispielsweise wird in Schönau der Netzkau durch Bürgerinitiative verwirklicht.⁸²

2.8.1.2. Beiräte

Bürgerbeiräte können als wissenschaftliche Beratergremien für die Verwaltung eingerichtet werden. Die meisten Städte mit für Umweltbelange zuständigen Dienststellen haben in der Praxis auch entsprechende Rathausschüsse oder Beiräte eingerichtet⁸³. Beiräte können sowohl aus Experten, als auch aus Bürgern bestehen.

2.8.1.3. Anhörungen

Die Anhörung ist eine Beteiligungsform, durch die Interessengruppen Gelegenheit finden, ihre Meinungen über bestimmte Projekte, Konzepte oder Themen zu äußern. Zu besonders schwierigen Fragen des städtischen Umweltschutzes können Anhörungen Wichtiges beibringen, z.B. bei der Einführung eines neuen Abfallwirtschaftskonzepte oder bei der Anlage einer Sonderabfalldeponie.⁸⁴

2.8.1.4. Runde Tische

Durch Runde Tische kann die Verwaltung grundsätzliche Diskussionen und beratende Entscheidungsvorbereitung durchführen. Sie kann sie auch bei der Planung der Handlungsfelder der Lokalen Agenda 21 durchführen. Mit einer begrenzten Teilnehmerzahl setzen sie sich in der Regel aus Stellvertretenden der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen. An den Runden Tischen erarbeiten alle gesellschaftliche Kräfte Lösungen für ein bestimmtes Problem.⁸⁵ Beispielsweise werden in 25 bundesdeutschen Städten "Energie-Tische" veranstaltet. Außerdem gilt es Runde Tische zur nachhaltigen

⁸¹ vgl. Rösler, Deutsche Städte auf dem Weg..., a.a.O., S. 24-25

⁸² vgl. Fischer/Rösler, von Zusammenstellung Deutsches Institut für Urbanistik und Mensch & Region, in Anlehnung an Bischoff u.a., 1995, S. 34

⁸³ Deutsche Städtetag, a.a.O., S. 63

⁸⁴ ebd., S. 64

⁸⁵ Ministerium Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW; S. 50

Entwicklung, Klimaschutz, Umweltschutz in verschiedenen Städten.⁸⁶

Im Bereich der Abfallwirtschaft wurde durch das niedersächsische Umweltministerium ein Mönchehagen-Ausschuß als "Runder Tisch" gegründet. Dessen Aufgabe war, es alle Fragen im Zusammenhang mit der Sanierung der Sonderabfalldeponie Mönchehagen zu beschäftigen und durch direkte Diskussion aller interessierten Gruppierungen für eine effektive Sanierung der Sonderabfalldeponie zu sorgen.⁸⁷

Runde Tische ermöglichen ein "integratives Herangehen", das die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben gleichgewichtig behandelt. Sie erleichtern besonders das Mitwirken von unorganisierten Bürgerinnen und Bürgern. Sie schaffen eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Lenkungsreis und dem Agenda-Büro, das den Prozeß organisiert und koordiniert.⁸⁸

2.8.1.5. Foren

Im großen, öffentlichen Rahmen können grundsätzliche Diskussionen oder beratende Entscheidungsvorbereitung durchgeführt werden. Damit können die Entscheidungen der Verwaltung in großem Maß legitimiert werden und die Kenntnisse der Bürger in den Projekten sowie Bürgerforum für Stadtmarketing und Energie benutzt werden. In der Stadt Augsburg sind beispielsweise aus dem Bürgerforum vier Fachforen hervorgegangen-zu Energie, Verkehr, Eine Welt und Stadt-Umland. Sie arbeiten mit den Bürgern an der Umsetzung des Agendaprozesses.⁸⁹

2.8.1.6. Planungszellen

Die Planungszelle wird als Katalysator für festgefahrene Planungsprobleme beschrieben. Die Anwendungsfelder im kommunalen Bereich sind Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Industrie- und Gewerbepolitik und soziale Infrastruktur. Innovative Strategien sind in all diesen Felder zur Bewältigung bestehender Probleme nötig. Die Planungszelle kann hier wichtige Vorarbeiten geleistet werden.⁹⁰

⁸⁶ Fischer/Rösler, zitiert nach Difu, in Anlehnung an Bischoff u.a. 1995, a.a.O., S. 36

⁸⁷ vgl. Hill, Integratives Verwaltungshandeln, a.a.O., S. 974-975

⁸⁸ CAF/Agenda-Transfer, Lokale Agenda21-aber wie? Strukturen, Erfahrungen, Beispiele, in: Stadtgespräche, Nr.9, Januar 1998, S. 1

⁸⁹ ebd., S. 2

⁹⁰ vgl. Monheim, Heiner, De Zukunft der Planungszelle im kommunalen Bereich, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.), Planungszelle- Bürgergutachten, Bonn, 1990, S. 104 f

2.8.1.7. Zukunftswerkstätten

Eine Zukunftswerkstatt ist eine handlungsorientierte Ideenschmiede zur Aktivierung kreativen Potentials. Sie besteht aus Vorbereitungs-, Kritik-, Phantasie-, Verwirklichungs- und Nachbereitungsphase. In der Praxis werden Zukunftswerkstätten als Bürgerbeteiligungsform zum Klimaschutz, zur Beteiligung von Frauen, zur nachhaltigen Stadt oder Stadtentwicklung angewandt.

2.8.1.8. Mediationsverfahren

Dieses Verfahren wird zur Konfliktbewältigung bei der Planung und Ansiedlung oder Sanierung von umweltrelevanten Vorhaben eingesehen. Müllverbrennungsanlage in Bielefeld oder Hafenschlick in Hamburg sind Beispiele für Mediationsverfahren.⁹¹

2.8.1.8. Anwaltsplanungen

Ein Beauftragter der Stadt kann die Aufgabe erfüllen, die Bürger gegenüber der Planung zu stärken und sie bei ihren eigenen Initiativen zu unterstützen und zu beraten.

2.8.2. Frauen in der Lokalen Agenda 21

Die Interessen und Mitwirkung der Frauen an Entscheidungsprozessen werden in einem eigenen Kapitel (Kapitel 24.3) hervorgehoben:

Bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Politik und entsprechenden Programmen ist die Beteiligung von Frauen erforderlich. Stärkung der Rolle von Frauenbüros, nicht staatlichen Organisationen und Frauengruppen; Programme zur Unterstützung der Forderung nach Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt; Programme zur Stärkung des Verbraucherbewußtseins und der aktiven *Beteiligung* von Frauen sind die Themen, die von der Lokalen Agenda 21 für die Beteiligung der Frauen und die Verbesserung der Lebensqualität der Frauen zum Umsetzungsprozeß einer nachhaltigen Entwicklung eingebracht worden sind.⁹²

Es wird stark kritisiert, daß Frauenbelange nur sehr marginal von den Kommunen bei den Erarbeitungen zur Lokalen Agenda 21 erwähnt werden. Das wird als ein "Ignoranz" bezeichnet. Ein Prozeß wurde vom "FrauenUmweltNetz" eingeleitet, der vor allen Dingen die Verbreitung von Frauenaktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda in der Öffentlichkeit-

⁹¹ Fischer/Rösler, a.a.O., S. 37

⁹² ebd., S. 29

und damit auch die Initiierung neuer Beteiligungsansätze für Frauen- zum Ziel hat. Im Laufe der Zeit wurden bundesweit Beteiligungsmöglichkeiten und -aktivitäten für Frauen an der Lokalen Agenda 21 verbreitet.⁹³ In verschiedenen Städten wurden zahlreiche Aktivitäten von Frauen wie Regionalkonferenz, frauenpolitische Forderungen zur Verkehrs- und Stadtplanung, Frauen und Ökologie initiiert.

Durch Zukunftswerkstätten können sich Frauen mit unterschiedlichen Vorerfahrungen und unterschiedlichen Bildungsniveaus am Agendaprozeß beteiligen. Die Vorstellungen der Frauen in ihrem Umfeld müssen herausgefunden werden. Damit können ihre Wünsche in die Entscheidungsphase eingebracht werden.⁹⁴

Bei der Runden Tischen bzw. Fachforen gibt es eine Gefahr für die Beteiligung der Bürger, weil sich ausschließlich diejenigen engagieren, die bereits organisiert sind. Deswegen bleibt es dem Zufall überlassen, ob Frauen beteiligt werden. Die Frauenbeteiligung an der Runden Tischen muß gewährleistet werden.⁹⁵

2.8.3. Kinder und Jugendliche in der Lokalen Agenda 21

Kinder und Jugendliche sind künftige Akteure in der Gesellschaft. Deswegen müssen die Kinder und Jugendliche von heute aktiviert und motiviert werden, um die zukünftige wirtschaftliche, ökologische, soziale Entwicklung mitzugestalten. Teilhabe- und Weitergestaltungsmöglichkeiten müssen für sie vorhanden sein. Dementsprechend sieht die Agenda 21 verschiedene Maßnahmen vor⁹⁶:

Förderung des Dialogs mit Jugendorganisationen im Zusammenhang mit der Erstellung und Bewertung von Umweltplänen und -programmen; Entwicklung von Strategien zur Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten; Einrichtung von Projektgruppen, die Bildungsprogramme speziell für die jugendliche Bevölkerung entwickeln; Unterstützung von Programmen, Projekten und Jugendorganisationen, damit diese sich an der Projektvorauswahl, -gestaltung und -durchführung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 beteiligen können. Hier könnte man einige Beispiele für solche Maßnahmen geben: Kinderfreundliche Stadt, Kinder und Jugendparlamente, Kinderbüros, Zukunftswerkstätten für Kinder und Kinderwaldprojekte.

⁹³ vgl. Ministerium für Umwelt., a.a.O., S. 11 f

⁹⁴ Ministerium für Umwelt., a.a.O., S. 49

⁹⁵ ebd., S. 50

⁹⁶ vgl. Fischer/Rösler, S. 31

III. Lokale Agenda in Praxis

3.1 "Nachhaltiges Heidelberg"

Im Jahr 1996 wurden in der Stadt Heidelberg die bisherigen Aktivitäten der Stadtverwaltung zum Thema Lokale Agenda zusammengefaßt und bewertet. Als bisherige Aktivitäten sind zu nennen: Klimaschutzkampagne, das Heidelberger Verkehrsforum, das Tourismus Leitbild, das Abfallwirtschaftskonzept, das Gesunde-Städte-Projekt, die Förderung von ökologisch angebauten Produkten aus der Region, die gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Heidelberger Dienste, die Ökologische Forschungsstation für Kinder und Zukunftswerkstätten für Frauen. Außer dieser Maßnahmen wird der Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 als eine effektive nachhaltige Aktivität bewertet.⁹⁷

Eine Studie "Nachhaltiges Heidelberg-Für eine lebenswerte UmWelt" wurde in jüngster Zeit in den Gemeinderat eingebracht. Es wird vorgesehen, daß die Nachhaltigkeit alle kommunalen Aktionsbereiche sowie Soziales, Umwelt, Kultur und Wirtschaft umfaßt. Zum Dialog mit der Bürgerschaft wird die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit unter den Mottos "Eine Welt" und "Solidarische Stadt" gefördert. Bürgerschaftliches Engagement zum Thema Nachhaltigkeit wurde vom Initiativkreis Nachhaltiges Heidelberg in Bewegung gebracht.⁹⁸

3.2. Aktivitäten der Stadt Heidelberg im Rahmen der Umsetzung Lokalen Agenda 21

Um ein Gesamtbild über die nachhaltigen Aktivitäten in Heidelberg⁹⁹ zu verschaffen, sollen hier außer den Schwerpunktthemen Verkehrsplanung und Stadtentwicklungsplan einige Einzelaktivitäten erwähnt werden: Das Tourismusleitbild für Heidelberg erzielt eine Umorientierung zu einem sozial- und umweltverträglichen Tourismus. Das hat gleichzeitig eine wirtschaftliche Bedeutung für Heidelberg.¹⁰⁰

Durch die Verwaltungsreform hat die Verwaltung eine Effizienzsteigerung der Dienstleistungen sowie eine stärkere Bürgerorientierung erzielt. Konkret gehören dazu die neuen Bürgerämter, die Einführung eines verwaltungsinternen Controllings und die Planung mit den lokalen Akteuren. Durch die Dezentralisierung von Bürgerämter wurde auch gezielt, um weniger Emissionen durch die Verringerung des Straßenverkehrs zu schaffen. Die Erreichbarkeit der unterschiedlichen Sozialgruppen wurde verbessert. Was die Wirtschaft im

⁹⁷ Nachhaltigkeit geht alle an, in: <http://www...>, a.a.O. S. 1

⁹⁸ ebd., S. 3

⁹⁹ vgl. Aktivitäten in der Stadt, in: <http://www.heidelberg.de>, a.a.O., S. 4 ff

¹⁰⁰ ebd., S. 3

Bezug auf Nachhaltigkeit in der Stadt Heidelberg angeht, hat die Heidelberger Stadtverwaltung mit lokalen Akteuren (z.B. dem BUND und Gewerbe) einige Pilotprojekte zu umweltfreundliche Gastgewerbe und Friseurgewerbe durchgeführt.

Eine bemerkenswerte Nachhaltigkeitsaktivität ist im Bezug auf die Bürgerbeteiligung der gesellschaftlichen Akteure hervorzuheben. Es wurde ein Energie-Tisch Heidelberg gegründet, der sich aus Handwerkern, Architekten, der IHK, Mieter- und Vermieterorganisationen, Umwelt- und Verbraucherverbänden, den Stadtwerken und der Stadtverwaltung zusammensetzte. Er lief im Rahmen der bundesweiten "Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern".

Die Stadt Heidelberg hat gemeinsam mit den Nachbargemeinden im Jahre 1997 eine Klimaschutz- und Energieberatungsagentur eingerichtet. Das Ziel der Einrichtung ist, das Energiesparpotential im Bereich des bestehenden Wohnungsbestandes durch umfassende und individuelle Beratung und Einbindung aller relevanten Akteure zu erschließen. Seit 1991 begann die Stadt Heidelberg mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz und Kreisgruppe Heidelberg eine öffentliche Umweltberatung. In der Stadt wird seit Mitte der achtziger Jahre intensiv eine Biotopvernetzung betrieben. Ein neues Naturschutzkonzept wird geplant. Die Förderung durch Beratung und Vermittlung bei der Vermarktung ökologischer Produkte an Großküchen, Kantinen und Restaurants oder die Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben auf ökologischen Anbau sind andere Aktivitäten der Stadt im Rahmen der Umsetzung der Lokalen Agenda 21.

Ein partizipatorischer Ansatz wird im Vorfeld von Bebauungsvorhaben verfolgt. Dafür, z.B. bei Umstrukturierung größerer Gewerbeflächen wurden Planungsworkshops mit Anwohnern, Eigentümern, Investoren und Politikern durchgeführt, um Meinungen zur Planungsphase frühzeitig abzustecken. Städtisches Engagement beim Karlstorbahnhof war eine Aktivität einer Initiative, die mit Hilfe städtischer Mittel unterstützt wurde.

Für die Kinder wurde eine ökologische Forschungsstation ins Leben gerufen. Sie wurde mit sogenannten Kinderversammlung verknüpft. Bei diesem Projekt konnten Kinder aus einem Stadtteil ihre Kritik und Meinungen mitteilen. Das Angebot der Forschungsstation für die Kinder ist ganzjährig, um ihnen praktische und erlebnisbezogene Aktivitäten zu ermöglichen.

3.3. Verkehrsforum Heidelberg

Im Bemühen, das Verkehrsforum als "Meinungsmarkt" zu erhalten und die Vielfalt der dort vertretenen Gruppen zu sichern. Vorrang hat in jedem Fall der Versuch der Konsensbildung.

Zur Entscheidungsfindung bevorzugte das Verkehrsforum nicht Mehrheitsentscheidungen, sondern wurde versucht, nur Konsenslösungen zu finden.¹⁰¹ Dementsprechend wird das Verkehrsforum als Versuch der Bürgerbeteiligung genannt. Die ökologischen Verträglichkeit des Stadtverkehrs und die Notwendigkeit eines Beitrags zum Klimaschutz sind die anderen Schwerpunkte bei der Erarbeitung des Verkehrsplans.¹⁰²

Das Bürgerbeteiligungsmodell zum Verkehrsforum ruht auf drei Säulen:

- Bürgerversammlungen für alle Heidelberger Bürgerinnen und Bürger
- Das Verkehrsforum, aus einem Arbeitskreis der organisierten Vertretern und gesellschaftlicher Gruppen
- Projektgruppe Verkehr, die die Sitzungen des Verkehrsforums plante und inhaltlich vorbereitete.

Für die Aufgaben und Ziele des Verkehrsforums wurden folgende festgelegt¹⁰³:

- Erarbeitung eines Verkehrsleitbildes
- Erarbeitung von Vorgaben für die Planfälle
- Information über Aspekte und Wirkungszusammenhänge im Verkehrsbereich sowie über Lösungsansätze durch Vorträge, Exkursionen oder Expertenanhörungen
- Diskussion und Abwägung unterschiedlicher Gruppeninteressen an der künftigen Verkehrsentwicklung in Heidelberg und der Versuch der Konsensfindung.
- Erprobung und Entwicklung neuer Formen der Bürgermitwirkung an der langfristigen Kommunalpolitischen Entwicklung in Heidelberg.

Es beteiligen sich 128 Gruppen. Die interessierten Gruppen, Initiativen, Verbände, Institutionen, Parteien und die Stadtverwaltung durften einen Vertreter entsenden. Das Verkehrsforum hat inhaltlich gesehen ein Verkehrsleitbild mit 55 Zielen verabschiedet, die den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaft, Natur und Umwelt, Mensch/Bürger und Verkehr zugeordnet sind.

¹⁰¹ Empfehlungen des Verkehrsforums zum Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg, Dokumentation der Arbeitsergebnisse März 1991-Juni 1993, S. 101.

¹⁰² Aktivitäten in der Stadt, in: <http://www.heidelberg.de>, S. 3

¹⁰³ vgl. Stadt Heidelberg (Hrsg.), Verkehrsforum, a.a.O., S. 7

Eine umfassende Diskussion aller mit dem Verkehr in der Stadt zusammenhängenden Probleme und Lösungsmöglichkeiten fand in den zwei Jahren statt. Daraus wurde (Reduzierung der Probleme) konkrete Vorschläge entwickelt. Unter Einbeziehung verschiedener Interessen und Sichtweisen konnten alle Gespräche geführt werden.¹⁰⁴

3.4. Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 als lokale Agenda 21

Die Heidelberger Stadtverwaltung hat einen Stadtentwicklungsplan für das künftige Heidelberg vorbereitet, der als "Heidelberger Agenda 21" angenommen wird.¹⁰⁵ Im Bezug auf großer Einwohnerzahl, die Arbeitslose, die Wohnungssuchende, der Zwang der Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit wurden neue Leitlinien für die Stadtentwicklung festgelegt. Die Verwaltung hat die Planung nicht nur als ein Steuerungsinstrument, sondern auch als ein *Beteiligungs- und Kommunikationsmittel* dargestellt. Diese hat das Tourismusleitbild erarbeitet. Es ist vorgesehen worden, daß jede interessierte Gruppierung daran mitwirken kann. Sie haben in diesem Bereich zwei Vorarbeiten für 1994 geleistet: Erstens ist ein Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, zweitens sind Stadtteilrahmenpläne vorgesehen¹⁰⁶. Als Leitlinien und Ziele wurden unter anderem thematisiert: Städtebau, Arbeiten, Wohnen, Umwelt, Mobilität (Verkehr), Soziales, Kultur.

Die Förderung einer offenen Diskussions- und Dialogkultur in der Stadt ist ein wichtiges Anliegen. Es wurde als wichtiges Ziel bei der Verwaltung festgestellt, den Bürgern Einwirkungsmöglichkeiten auf politische und planerische Entscheidungen zu geben. Jegliche Form der Bürgerbeteiligung erfordert einige Bereitschaften, die ein hohes Maß an Zeit, Kommunikations-, Konflikt- und Kooperationsbereitschaft sind. Insbesondere dabei ist die Zugangsmöglichkeiten für Frauen zu verbessern.¹⁰⁷

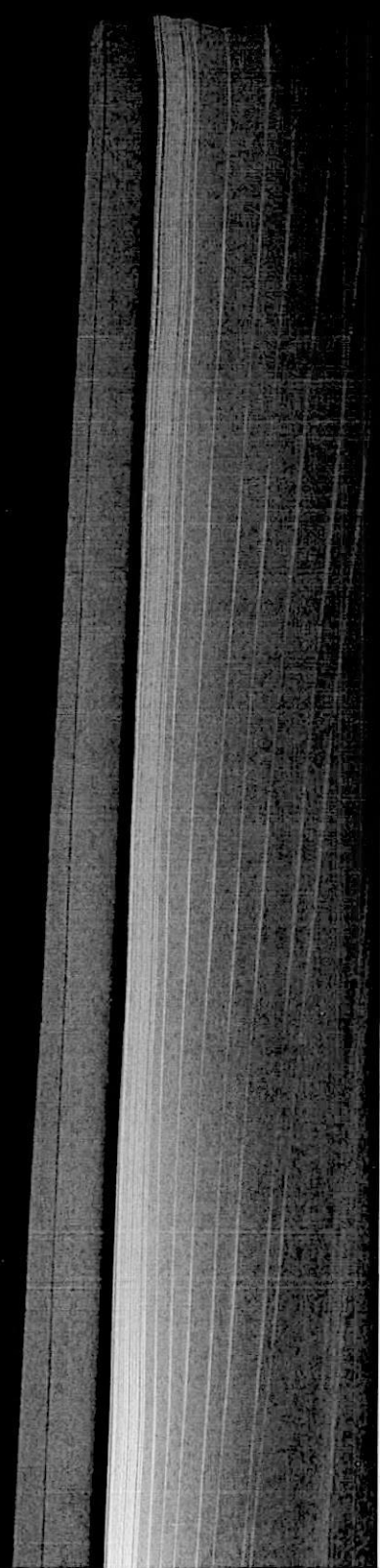
Bürgerbeteiligung war beim letzten Stadtentwicklungsplan ein wichtiges Thema. Dafür wurde im Februar 1997 die Leitlinien und Ziele des neuen Stadtentwicklungsplans verabschiedet. Dabei wurden 360 öffentliche Änderungsvorschläge zu dem Stadtentwicklungsplan dargestellt und teilweise auch aufgegriffen. Nachhaltigkeit war bei der Planung Leitmotiv. In allen Handlungsbereichen wird versucht, die Gleichwertigkeit der drei Dimensionen "Soziale Verantwortung", "Umweltverträglichkeit" und "Wirtschaftlichkeit"

¹⁰⁴ ebd., S.123.

¹⁰⁵ Kurzfassung Nachhaltiges Heidelberg, in: <http://www.heidelberg.de>

¹⁰⁶ Schneider, Herbert, Stadtentwicklungspolitik und lokale Demokratie in vier Großstädten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B/17, 18 April 1997, s. 20

¹⁰⁷ Stadt Heidelberg (Hrsg.), Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, Diskussionsentwurf, Heidelberg, 1995, s. 8 und Der Stadtentwicklungsplan- Ziele und Leitlinien für eine Heidelberger Agenda 21, in: <http://www.heidelberg.de>, S. 1 ff



sowie eine aktive Bürgerbeteiligung am Diskussions- und entscheidungsprozeß hinzuweisen.¹⁰⁸

Durch Stadtteilrahmenpläne sollen für alle Stadtteile Aussagen über deren Entwicklungschancen getroffen werden. Der Grund dafür war, daß in einigen Stadtteilen verschiedene Vorhaben nicht immer optimal aufeinander abgestimmt waren. Damit wollte die Stadtverwaltung auch den Rahmen für das künftige Handeln der öffentlichen und privaten Akteure in der einzelnen Stadtteilen abstecken und eine geordnete soziale, ökonomische, städtebauliche und ökologische Entwicklung zu fördern.¹⁰⁹ Dabei wurde auch darauf gezielt, die lokale Identität zu stärken und Interesse für die unmittelbare Lebensumgebung zu fördern.

3.5. Planung aus Frauensicht und Zukunftswerkstätten für Frauen

Die Frauen sind in erster Linie zuständig für die Bewältigung des Lebensalltages in den Wohnungen und im unmittelbaren Wohnumfeld. Deswegen werden in der Stadt Heidelberg die meisten städtischen Anforderungen von Seiten der Frauen formuliert¹¹⁰.

Worum geht es genau? Es geht darum, unter Einbeziehung des Wissens und unter Beachtung ihrer Erfahrungen, die weiblichen Lebenszusammenhänge besser zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wurden in allen Stadtteilen die Zukunftswerkstätten durchgeführt, die die Beteiligungsmöglichkeiten der Frauen bei der städtischen Planungen ergänzen.¹¹¹

Die Studie "Sicherheitsempfinden und Angsträume von Frauen in der Stadt" wurde in Auftrag gegeben. Das Problem der Gewalt an Frauen im öffentlichen Raum ist ein allgemeines Problem. Deshalb wurde darauf gezielt, praxisrelevante Erkenntnisse zu gewinnen.

Als Vorgehensweise wurde es festgelegt, daß die Studie unter einigen Schwerpunkten durchgeführt werden soll. Es ging darum:¹¹²

a) Das Sicherheitsempfinden von Frauen, ihre Gewalterfahrung im öffentlichen Raum und deren Auswirkung auf ihr Verhalten und ihre Alltagsgestaltung zu bestimmen und konkrete Angsträume in Heidelberg sichtbar zu machen und zu analysieren.

¹⁰⁸ Vgl. Aktivitäten in der Stadt, in: <http://www.heidelberg.de>, S. 2

¹⁰⁹ Stadt Heidelberg (Hrsg.), Stadtteilrahmenplan Wieblingen, 1994, S. 3.

¹¹⁰ Stadt Heidelberg (Hrsg.), Planung aus Frauensicht, Heidelberg, 1996, S. 10

¹¹¹ Aktivitäten der Stadt, in: <http://www.heidelberg.de>, S. 8

¹¹² Stadt Heidelberg (Hrsg.), Angsträume in Heidelberg, 1994, S. IX

c) Die Verbesserungs- und Gestaltungsvorschläge für öffentliche Räume in Heidelberg zu bilden.

Als Ergebnis dieser Studie wurden einige Lösungsansätze auf verschiedenen Ebene festgestellt¹¹³:

1- Städtebauliche Veränderungen bzw. die Integration von Sicherheitsaspekten in städtebaulichen Planungen.

2- Es ist notwendig, eine verstärkte Partizipation von Frauen bei öffentlichen Planungs- und Umgestaltungsprozessen zu verwirklichen. Im Rahmen der Befragung haben die Frauen an die Verwaltung einige Vorschläge genannt. Das meistgenanntes Vorschlagsbündel betraf die Schaffung einer besseren Beleuchtung.

An zweiter Stelle ist mehr Kontrolle und Bewachung gewünscht worden. Verbesserung der Parkhaus- und Tiefgaragengestaltung, Verbesserung von Fahrrad- und Gehwegen, Verbesserung der Übersichtlichkeit und Belebung, Aufstellen von Notrufsäulen und Umgang mit sozialen Randgruppen waren die andere Verbesserungsvorschläge¹¹⁴.

3.6. Bürgerbefragungen

Einige Bürgerbefragungen in der Stadt Heidelberg wurden als Element der Bürgerbeteiligung wurden durchgeführt. Von der ISA Consult GmbH wurde eine Bürgerbefragung "Für eine frauengerechte kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Stadt Heidelberg" durchgeführt.¹¹⁵ Außerdem wurde eine Studie für das Thema "Für eine Frauengerechte kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Stadt Heidelberg" angewandt. Die Stadtverwaltung Heidelberg hat auch eine andere Bürgerumfrage durchgeführt, um bessere Dienstleistungen für die Bürger zu schaffen. In diesem Zusammenhang wurde nach der Beurteilung zu den MitarbeiterInnen und deren Arbeit, Büros und deren Ausstattung, Öffnungszeiten, Wartezeiten, Zeit und Kostenersparnisse durch die kürzeren Wege, Weg zum Bürgeramt gefragt.¹¹⁶

¹¹³ ebd., S. 107

¹¹⁴ ebd., S. 108.

¹¹⁵ ISA Consult GmbH, Für eine frauengerechte kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Stadt Heidelberg, Heidelberg, 1993.

¹¹⁶ vgl. Rechenschaftsbericht 1995 von Bürgeramt Heidelberg, S. 40 ff

IV. Herausforderungen und Chancen für die öffentliche Verwaltung

4.1. Chancen

In dem Bericht, der von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung erstellt worden ist, wird Nachhaltigkeit als Herausforderung verstanden, ein neues Leitbild für die Entwicklung der Städte und Gemeinden auszugestalten, das die Umweltverträglichkeit in den Mittelpunkt stellt.¹¹⁷ Durch ökologische und soziale Entwicklungen sind Herausforderungen und Probleme gewachsen. Staat, Bürger und gesellschaftliche Institutionen wandeln sich. Es ist die Zeit, Verwaltungshandeln in die Öffentlichkeit zu bringen, die Entscheidungsvorbereitung zu dezentralisieren, Kommunikationsformen in Alltagsnähe zu schaffen und "kommunikative Resonanz" zu schaffen. Der Bürger als Souverän, Veranstalter und Teilhaber an Staatsganzen steht immer in der Mittelpunkt des Verhältnisses zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Akteuren. Durch "integratives Verwaltungshandeln" verbessert der Staat die Erfolgchancen. Die Entwicklungen im Bereich der Umwelt-Information-Richtlinie, die von der Europäischen Gemeinschaft initiiert wurden, verstärken die Mitwirkung des Bürgers auch zur Kontrolle der Verwaltung.¹¹⁸

Das Ziel der Verwaltung muß sein, den Bürger nicht als Objekt "von oben herab" zu verwalten, sonder ihn als handlungsfähiges Subjekt anzuerkennen und in die Verwaltungstätigkeiten einzubeziehen. Dies verlangt auch, eine "kommunikative Problembewältigung" bei umweltrelevanten Großvorhaben zu suchen. Kommunikation führt zur Integration und erleichtert die Beziehungen zwischen Bürger und Verwaltung. In diesem Sinne soll die Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich verbessert und die Konzentration, Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens angestrebt werden.¹¹⁹ Dementsprechend werden einige Entwicklungstrends im Umweltrecht beschrieben.¹²⁰

- Von der hoheitlich einseitigen Entscheidung zu Kooperation und Konsens.
- Von der Bestimmtheit und Eindeutigkeit der Instrumente zur Flexiblierung.
- Von der Wissenserklärung als Realakt zur Steuerung und Kontrolle durch Information und Öffentlichkeit.

¹¹⁷ Gatzweiler, Hans-Peter, Nachhaltigkeit in der Raumordnung und im Städtebau, Stadt und Gemeinde 6/1997, S. 126

¹¹⁸ vgl. Hill, Integratives Verwaltungshandeln, a.a.O., S. 976 und 980

¹¹⁹ vgl. Hill, Hermann, Kommunikative Problembewältigung bei umweltrelevanten Großvorhaben, in: Die Öffentliche Verwaltung, Heft 7, 1994, S. 281

¹²⁰ vgl. Hill, Mediation, a.a.O., S. 71

- Von nachträglicher Akzeptanz zu Kommunikation und kooperativer Konfliktlösung
- Von der Staatsaufgabe Umweltschutz zur Gemeinschaftsaufgabe

Mit Möglichkeiten von Multimedia bzw. Internet und Mailbox werden zahlreiche Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung erarbeitet und gefördert. Hierzu soll ein Beispiel in diesem Bereich gegeben werden. Durch effiziente Verbreitung von Multimedia-Informationen wird auf der europäischen Ebene versucht, ein Projekt im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln. Das Projekt heißt "TwentyOne". Im Rahmen des Projektes wurde erzielt:¹²¹ Unterstützung für Multimedia-Dokumente, Druckergebnisse, Textverarbeitungs-Dokumente, Audio, Video; Unterstützung von mehrsprachigen Datenbasis und CD-Rom und Web-Version. Das Projekt stellt die Informationen für Umweltorganisationen und Interessierte zur Verfügung.

Außerdem findet man auch im Internet Informationen über nachhaltige Regionalentwicklung¹²², über Lokale Agenda 21¹²³ und über die Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung zur bürgerorientierten nachhaltigen Entwicklung z.B. "Recyclingspreis ,97" und der Ruf „, die am Bau Beteiligten zur Teilnahme“.¹²⁴ Viele Kommunen stellen auch ihre Aktivitäten im Internet im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung z.B. Hannover, München, Heidelberg usw.

Umweltschutzpartnerschaften führen zu Gemeinschaftsaufgaben zwischen Staat und Bürgern. Im Bereich der Umwelt bzw. Abwasserbeseitigung oder Bürgermitwirkung bei regionaler Stadtplanung zeigen sich Ansätze eines integrativen Verwaltungshandelns. Vielfältige Beispiele zeigen, daß Verwaltungsmodernisierung und Modernisierung der bürgerschaftlichen Demokratie miteinander verbunden werden muß. Bei umweltrelevanten Großvorhaben sind die gemeinsame Entwicklung von Leitbildern und kommunikative Problembewältigung neue Herausforderungen im Rahmen kommunaler Modernisierungsmaßnahmen oder des Umweltinformationgesetzes.¹²⁵

Durch neue Formen von Bürgerbeteiligung, Kommunikation und Bürgermitwirkung wie Runde Tische, Konferenzen, Foren, Bürgergutachten, Zukunftswerkstätten wird darauf abgezielt, durch Mitwirkung des Bürgers am Verfahren und bei der Vorbereitung von

¹²¹ Projekt "TwentyOne", in: <http://www.schwerin.netsurf.de/~gn0001/proj21.htm>

¹²² vgl. Nachhaltige Regionalentwicklung, in: <http://www.uni-trier.de/taurus/>

¹²³ vgl. one world web, in: <http://www.oneworldweb.de/agenda21/welcome.htm>

¹²⁴ vgl. Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes NRW, Aktuelles, in: <http://www.nrw.de/cgi-bin/vtsuche>

¹²⁵ Hill, Mediation..., S. 73

Entscheidungen den Bürger in den Staat zu integrieren. Dies gilt besonders im Bereich der Abfallwirtschaft, der Altlastensanierung, der Verkehrsplanung oder der Industrieansiedlung. Dabei wird auch versucht, probeweise Konsens- und Kompromißmöglichkeiten mit den Bürgern zu finden. In diesem Zusammenhang darf man auch nicht vergessen, daß es Grenzen von Kommunikation gibt. Ohne gemeinsame Interesse oder eine Kompensation sind Kommunikation und Kooperation nicht möglich. Bei der Vorbereitung des umweltrelevanten Großvorhaben wirkt also "Sozialenergie" als Generator für innovative und zugleich sozialverträgliche Lösungen. Sozialenergie ist die gemeinsame Energie aller Beteiligten im Fall des Zusammenwirkens.¹²⁶

In einem weiteren Schritt lassen sich einige Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit in der bürgerorientierten Verwaltungsmodernisierung festhalten:¹²⁷

- Entwicklung von Leitbildern und Qualitätsmanagement gemeinsam mit Mitarbeitern und Bürgern
- Zuordnung, Abwägung und Priorisierung von Zielen im Rahmen von strategischer Planung und demokratischer Verantwortung
- Durchführung von Befragungen zur Integration von Mitarbeiter- und Bürgerwissen
- Informations- und Kommunikationsangebote zu Bürokratieabbau, Selbststeuerung und Wissenserneuerung
- Synergieeffekte und Innovationsimpulse durch Wettbewerb und Partnerschaft
- Schaffung von Lebenskontexten und Handlungsmöglichkeiten zur Aktivierung vielfältiger Akteure
- Nachhaltiger Modernisierungserfolg durch Modernisierungsbilanzen, Erfahrungsaustausch und Nutzen von Lernerfahrungen

4.2. Probleme

Scheitert die Suche nach dem richtigen Agenda-Prozeß? Nach einigen Ansichten schon! Die Vielfalt der Themen, die zum Teil sehr verschiedenen gesellschaftlichen Akteure vor Ort und an den erheblichen Unterschieden von durchgeführten Programmen, Maßnahmen und Projekten führen zu Schwierigkeiten bei der Durchführung und Umsetzung. Trotz vieler

¹²⁶ vgl. Hill, Kommunikative Problembewältigung, a.a.O., S. 281-282

¹²⁷ vgl. Hill, Verwaltungsreform und Nachhaltigkeit, a.a.O., S. 36

erfolgreicher Anwendungen bei den Kommunen sind noch viele Schritte notwendig. Besonders hinsichtlich der Organisationsstrukturen müssen viele Fragen geklärt werden.¹²⁸

Nachhaltigkeit wird häufig unter Umweltaspekten diskutiert. Die Verwaltungsreform nach dem Neuen Steuerungsmodell wird nicht in die Diskussion über Nachhaltigkeit einbezogen. Dagegen wird versucht, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte mit der Nachhaltigkeit im Rahmen des Neuen Steuerungsmodell zu verbinden. In diesem Zusammenhang wird das Thema in verschiedenen Planungs- und Diskussionskreisen diskutiert, wie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung mit dem Lokale Agenda-Prozeß einhergehen könnte. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und deren Integration mit der Lokalen Agenda 21 wurde in der Umfrage des Deutschen Städtetages festgestellt, daß die am häufigsten benutzten Modernisierungsmethoden vor allem betriebswirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen wie Budgetierung, Verwaltungsabläufe optimieren, dezentrale Ressourcenverantwortung, Controlling und Berichtswesen sind.¹²⁹

In vielen Städten wird die Lokale Agenda 21 umgesetzt. Dabei werden die Bürgerbeteiligungsformen intensiv benutzt. Aber die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 auf Landes- und Bundesebene hat Probleme. Ein nationaler Aktionsplan ist noch nicht ins Leben gerufen. Zur Unterstützung der Aktivitäten der Lokalen Agenda wird lediglich in Nordrhein-Westfalen seit 1996 pro Einwohner ein Lokale Agenda 21-Landeszuschuß von 50 DM an die Kommunen gezahlt. Die Einwohner in den Niederlanden zahlen zum Vergleich pro Kopf jährlich einen Gulden.¹³⁰

Der Mangel an Information und Erfahrungstransfer sind die größte Hindernisse für den Umsetzungsprozeß der Agenda. Dazu kann man personelle und finanzielle Probleme zählen. Informationen und Aktivitäten müssen über eine große Börse bzw. durch Internet, Mailboxen ausgetauscht werden. Eine nationale Agentur oder besser noch dezentrale Landesinstitutionen sind notwendig, den Gesamtprozeß zu beobachten und Unterstützung anzubieten. Neben den partizipativen Aspekten muß mehr Wirtschaftlichkeit in den Blickpunkt gerückt werden.¹³¹

Eine andere Kritik wird an den Begrifflichkeiten des Agendaprozesses geübt. Begriffe wie "Agenda 21" und "Nachhaltigkeit" seien nicht eindeutig für die große Mehrheit der

¹²⁸ vgl. CAF/Agenda-Transfer, a.a.O., S. 1

¹²⁹ vgl. Hill, Hermann, Verwaltungsreform und Nachhaltigkeit, in: die innovative Verwaltung, 4/97, S. 34 ff

¹³⁰ vgl. Serwe, a.a.O., S. 5 f

¹³¹ ebd., S. 6

Gesellschaft. Außerdem muß bei der Agenda 21 nicht nur Optimismus und Engagement gefordert werden, sondern vor allem Realismus sein. Dazu muß in erster Linie die Agenda 21 für den Durchschnittsbürger verständlich und einsehbar vorgestellt werden. Wegen der Mangel einer bundesrepublikanischen Vorgabe zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 wird die Anstrengungen der Kommunen verdoppelt.¹³²

Die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftsweisen ist ein wesentliches Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Dementsprechend müssen die Firmen an der Agenda beteiligt werden. Aber die Firmen bleiben wegen der Unklarheit fern. Es ist nicht klar, zu welchen für das Unternehmen nutzbaren Zielen er führt. Sein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit ist auch nicht genau geklärt worden. Doch gibt es einige Beispiele: Züricher Kantonalbank bietet ihren Kunden als Anlagemöglichkeit ein "Umweltkonto", dessen eingezahlte Gelder als Umweltdarlehen im Kanton vergeben werden. In Frankfurt beteiligen sich Unternehmen an der Lokalen Agenda 21. Die Kombination von Ökoaudits mit Beratungsangeboten des Umweltamtes in Frankfurt scheint erfolversprechend zu sein.¹³³

V. ERGEBNIS

Partizipative Demokratie fordert die Kooperation und Kommunikation unterschiedlicher gesellschaftlicher Machtfaktoren. Bürgerinitiativen, Öko-Bewegungen, Arbeitskreise, Gewerkschaften, Kirchen, Frauen, Jugend können auf die Entscheidungen der Verwaltung wirken. Die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Verwaltung ist nicht neu, sie bestand schon lange Zeit. Aber neu ist, möglichst durch viele Methoden der Bürgerbeteiligung das Leistungsniveau der Verwaltung zu steigern. Nicht mehr "Zuschauer Demokratie", sondern "teilhabende Gesellschaft". Diese Begriffe dominieren die Diskussion über Demokratie und Effizienz. Dabei spielen sowohl die herkömmlichen Methoden der Bürgerbeteiligung z.B. Bürgerversammlungen, Bürgerfragestunden, Anhörungen usw. als auch neue Methoden der Bürgerbeteiligung z.B. Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Planungszelle usw. entscheidende Rolle. Die modernen Reformtrends bestätigen diesen Prozeß.

Als ein wesentliches Element des Qualitätsmanagements und der Verwaltungsreform bieten die Bürgerbeteiligungsformen viele Chancen an, um ein bürgerorientiertes Verwaltungsverfahren zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 zu schaffen und Effektivität und Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Dies führt zum integrativen Verwaltungshandeln und dabei ermöglicht

¹³² Haack, Wulf, Kommunale Agenda 21-Was, Wer, Wie, Wann, in: Stadt und Gemeinde 4/5 1997, S. 104-105

¹³³ CAF/Agenda-Transfer, a.a.O., S. 5

es die kommunikative Problembewältigung. Die Bewertung der Ausgangslage von Produkten und neue Zielbeschreibungen bedürfen der starken und intensiven Einbeziehung der Bürger an den Verwaltungsentscheidungen.

In wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht hat die öffentliche Verwaltung eine Hauptfunktion für die nachhaltige Entwicklung des kommunalen Gemeinwesens. Die Lokale Agenda 21 hat dies von der kommunalen Gebietskörperschaften auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung weltweit gefordert. Da müssen Kommunen eine gemeinsame Konzeptionsform der Handlungsgrundlagen, Zielen und Maßnahmen zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 bestimmen. Dabei sind Bürgerorganisationen, Initiativen, Interessenorganisationen, Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Kunst, Kultur, politische Parteien, Stadtrat, Verwaltung, Medien und Stiftungen einzubeziehen.

Die bisherigen Anstrengungen zur Umsetzung des Lokalen Agenda zeigen, daß die öfter benutzten Bürgerbeteiligungsformen am Agendaprozeß Runde Tische und Bürgerforen sind. Die Beteiligung von Frauen und Jugend ist begrenzt. Auch ist sie bei dem Wirtschaftssektor nicht genug. Organisations- und Verfahrenunklarheiten müssen die Kommunen überwinden, um eine effektive Umsetzung der Lokalen Agenda zu schaffen. Der Agendaprozeß soll für alle nachvollziehbar sein und er soll folgende Bausteine haben: Dialog und Konsultationsprozeß; Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit; Projekte und Aktivitäten mit den Bürgern. Man sieht umfassende Anstrengungen bei der Kommunen bzw. wie in der Stadt Heidelberg, um die Lokalen Agenda 21 einzusetzen.

Zur Bewältigung neuer Herausforderungen der Zukunft ist daher ein langfristiger gesellschaftlicher Such- und Innovationsprozeß erforderlich, der zu einer deutlichen Reduzierung der Emissionen von Treibgasen und Energie- und Rohstoffverbräuche führen muß. Dies wäre ein Beitrag zu einem neuen Gleichgewicht der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklung im globalen Maßstab. Zur nachhaltigen Entwicklung und einer partizipativen Demokratie darf die Rolle der Einbeziehung der BürgerInnen bzw. der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure am Verwaltungshandeln nicht außer Acht gelassen und nicht vernachlässigt werden.

Literaturverzeichnis

- Aktivitäten in der Stadt**, in: <http://www.heidelberg.de>
- Bähren Andreas**, Internet als Medium der Bürgergesellschaft, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.36, 3/97
- Bertelsmann Stiftung** (Hrsg.) "Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung", Band 1, 4. Auflage 1996
- Bogumil, Jörg/ Kißler, Leo**, Vom Untertan zum Kunden?, Möglichkeiten und Grenzen von Kundenorientierung in der Kommunalverwaltung, Berlin, 1995
- Born, Manfred**, Indikatoren zur Nachhaltigen Entwicklung, econitur, 1997
- Broicher, Martin**, Zur Legitimation lokaler Entscheidungsprozesse, in: Bürgerbeteiligung, Detlef Garbe (hrsg.), Frankfurt am Main, 1982
- Budäus, Dietrich/Grüning, Gernod**, Kommunitarismus- eine Reformperspektive? 1997
- Bummel Andreas**, Globalisierung und Demokratie, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.36, 3/97
- CAF/Agenda-Transfer**, Lokale Agenda21-aber wie? Strukturen, Erfahrungen, Beispiele, in: Stadtgespräche, Nr.9, Januar 1998
- Deutscher Städtetag (Hrsg.)**, Städte für eine Umweltgerechte Entwicklung-Materialien für eine "Lokale Agenda 21", 1995
- Der Stadtentwicklungsplan- Ziele und Leitlinien für eine Heidelberger Agenda 21**, in: <http://www.heidelberg.de>
- Etzioni, Amitai**, Individuum, Werte und gesellschaftliche Moral, in: Börsen Zeitung, vom 24.10.1995
- Fischer, Anett/Rösler, Cornelia**, Lokale Agenda: Kommunen aktiv für die Zukunft, 1997
- Freitag, Günter**, Über das Konzept Planungszelle als Politisches Instrument der Bürgerbeteiligung, Duisburg, 1997
- Gabriel, Oscar W.**, Gesellschaftliche Modernisierung, Politische Beteiligung und Kommunale

Demokratie, Strukturen, Bedingungen und Folgen Bürgerschaftlicher Beteiligung an der Kommunalen und Nationalen Politik, in: Bürgerbeteiligung und Kommunale Demokratie, hrsg. Oscar W. Gabriel, München, 1983

Garbe Detlef, Das Individuum bürger-Ernstgenommen. Die Partizipationsforschung auf dem Wege zur Handlungsorientierten Planungsbeteiligung, in: Bürgerbeteiligung, Detlef Garbe (hrsg.), Frankfurt am Main, 1982

Gatzweiler, Hans-Peter, Nachhaltigkeit in der Raumordnung und im Städtebau, Stadt und Gemeinde 6/1997

Grunow, Dieter, Bürgernahe Verwaltung, Theorie, Empirie, Praxismodelle, Frankfurt/main, 1988

Haack, Wulf, Kommunale Agenda 21-Was, Wer, Wie, Wann, in: Stadt und Gemeinde 4/5 1997

Hill, Hermann, Mediation im Kontext neuerer Entwicklungen von Recht und Staat, in: "Umweltmediation in Deutschland", in: Umweltkongreß Düsseldorf 1995, Dokumentation, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.

Hill, Hermann, Vergeßt die Bürger nicht!, in: Kommunen in Not- Wege aus der Krise, Ulrich Schückhaus (Hrsg.), 1996

Hill, Hermann (Hrsg), Die Begreifbare Stadt "Wege zum Dialog mit dem Bürger)

Hill, Hermann, Verwaltungsreform und Nachhaltigkeit, in: die innovative Verwaltung, 4/97

Hill, Hermann, Integratives Verwaltungshandeln-Neue Formen von Kommunikation und Bürgermitwirkung, in: DVBl., 15 September 1993

Hill, Hermann, Kommunikative Problembewältigung bei umweltrelevanten Großvorhaben, in: Die Öffentliche Verwaltung, Heft 7, 1994

Hummel Konrad, "Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement", bei der KGSt Fach Konferenz in München den 27-28 November 1997

Huntington, Samuel P/Nelson, Joan m, No Easy Choies, Political Partizipation in Developing Countries, Harvard University Press, 1976

ISA Consult GmbH, Für eine frauengerechte kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Stadt Heidelberg, Heidelberg, 1993

Keles, Rusen, Kent ve Siyaset Üzerine Yazılar (1972-1992), Istanbul, 1993

KGSt (Hrsg.), Das Verhältnis von Politik und Verwaltung im Neuen Steuerungsmodell, KGSt Bericht, B 10/1996

Klages Helmut, Motive des Bürgerengagements-Trends für die Bundesrepublik Deutschland, in: Vortragstext bei der KGSt Fachkonferenz in München, den 27-28 November 1997

Knemeyer, Franz-Ludwig, Bürgerbeteiligung und Kommunal Politik " Eine Einführung in die Mitwirkungsrechte von Bürgern auf kommunaler Ebene", München, 1995

Kölner Rundschau, "Herzog fordert klaren Einsatz für Rechtsstaat", am 20. Oktober 1997

Kurzfassung Nachhaltiges Heidelberg, in: <http://www.heidelberg.de>

Lorenz, Joachim, Das Beispiel der Landeshauptstadt München, in: Cornelia Rösler (Hrsg.), Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustausches, Difü, Berlin, 1996

Mehlich Harald, Politische System und Partizipation im Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in: Bürgerbeteiligung, Detlef Garbe (hrsg.), Frankfurt am Main, 1982

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Lokale Agenda 21, Frauen gestalten Umwelt und Zukunft, 1997

Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes NRW (Hrsg.), Aktuelles, in: <http://www.nrw.de/cgi-bin/vtsuche>

Monheim, Heiner, Die Zukunft der Planungszelle im kommunalen Bereich, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.), Planungszelle- Bürgergutachten, Bonn, 1990

Nachhaltig ist... in: <http://www.heidelberg.de>

one world web, in: <http://www.oneworldweb.de/agenda21/welcome.htm>

Projekt "TwentyOne", in: <http://www.schwerin.netsurf.de/~gn0001/proj21.htm>

Reichard, Cristoph, Internationale Managementtrends, in: Kommunale Managementkonzept in Europa, Banner/Reichard (Hrsg.), 1993

Reinert, Adrian, Neue Wege der Bürgerbeteiligung, in: Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.38, 1/98

Rösler, Cornelia, Deutsche Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21, Ergebnisse der 2. Umfrage, in: Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21, Dokumentation des 2. Erfahrungsaustausch, Cornelia Rösler (Hrsg.), Difu, 1997

Rösler Cornelia, Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten, in: Lokale Agenda 21, Dokumentation eines Erfahrungsaustausches, Difu, 1996

Schäfer, Roland, Rathaus Online- Verbesserung von Bürgernähe und Verwaltungseffizienz durch Einsatz moderner Telekommunikationsmedien, in: Stadt und Gemeinde, 7/1997

Schneider, Herbert, Stadtentwicklungspolitik und lokale Demokratie in vier Großstädten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B/17, 18 April 1997

Serwe, Hans-Jürgen, Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen, in: <http://www.oekoregio.de/la21bund.htm>

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Empfehlungen des Verkehrsforums zum Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg, Dokumentation der Arbeitsergebnisse März 1991-Juni 1993

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, Diskussionsentwurf, Heidelberg, 1995

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Stadtteilrahmenplan Wieblingen, Stadt Heidelberg, 1994

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Planung aus Frauensicht, Heidelberg, 1996

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Angsträume in Heidelberg, Stadt Heidelberg, 1994

Stadt Heidelberg (Hrsg.), Rechenschaftsbericht 1995 von Bürgeramt Heidelberg

Ueltzhöffer, Jörg/Ascheberg, Engagement in der Bürgergesellschaft, Die Geislingen Studie 3, 1996

Vogel, Hans-Josef, Kundenorientierung und Bürgeraktivierung, in: Kurswechsel Richtung Kunde,

Günter Dehr/ Thomas Biermann (Hrsg.), 1996

Weinand, Johannes, Bürgersymposium-Letbild Zukunft Trier, in: Begreifbare Stadt, Herman Hill (Hrsg.), 1994

Windroff-Heritier, Adriene, Partizipation und Politik Inhalte, in: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, hrsg, Oscar W. Gabriel, 1983

Wickrath, Susan, Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung, Münster, 1992

Wuppertal Institut (Hrsg.), Zukunftsfähiges Deutschland, Eine Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag von BUND und MISEREOR-Kurzfassung, 1995

Erklärung

Ich habe diese Arbeit selbst angefertigt und mich keiner anderen als der angegebenen Hilfsmittel bedient. Die den benützten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen habe Ich kenntlich gemacht. Diese Arbeit ist weder insgesamt noch in Teilen bisher in einem anderen Prüfungsverfahren verwendet worden.

Speyer, den 13.03.1998

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Akif', is written over a horizontal dotted line.

Mehmet Akif Cukurcayir